Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1920

51 (1.3.1920) [No. 50]

Visual Library

No. 50. Karlsruhe, Montag den 1. März 1920. Jahrg. 40.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 1.75 M und 65 ₰ Zustellgebühr; abgeholt in der Geschäftsstelle und in Ablagen 2.— M; am Postschalter 2.15 M, durch den Postboten 2.30 M monatlich. Einzelexemplar 15 ₰

Ausgabe: Werktag mittags; Geschäftszeit: ½8—½1 und 2—½6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 181.

Anzeigen: Die 7spaltige Kolonelzeile oder deren Raum 50 ₰, Reklamen 1.50 M. — Lokalanzeigen billiger. — Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluß ½9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachm. zuvor.

Die Vorgänge in Frankreich.

Generalstreik der Eisenbahner?

Der Pariser Korrespondent der „Basler Nationalzeitung" gibt unter Vorbehalt die Erklärung eines höheren Staatsbeamten auf dem Pariser Ostbahnhof wieder. Es könnte nicht mehr fraglich sein, daß Frankreich vor einem Generalstreik aller Eisenbahner stehe, ja, es müsse angenommen werden, daß ein allgemeiner Landesstreik bevorstehe. Die Grubenarbeiter sollten als nächste Organisation in den Ausstand treten. Zweifellos stehe die ganze Bewegung mit dem Straßburger Kongreß im Zusammenhang. Sie dürfte von langer Hand vorbereitet sein, und die disziplinare Maßregelung eines Werkstättenarbeiters habe nur als Vorwand gedient.

Paris, 28. Febr. Nach den Blättern hat die Regierung die teilweise Mobilisierung für die Strecken der Eisenbahngesellschaft Paris—Lyon—Mittelmeer verfügt. Laut „Exzelsior" haben die Eisenbahner der Ostbahn, der Nordbahn und der Orleansbahn gestern abend den Streik beschlossen. Die Gewerkschaftsvertreter der Pariser Eisenbahner verlangen jetzt über ihre bisherigen Forderungen hinaus noch die Nationalisierung der Eisenbahn, eine Teuerungsentschädigung und sofortige Inkraftsetzung einer neuen Lohnstaffel. — Laut „Matin" verkehrten vorgestern auf den Strecken der Bahn Paris—Lyon—Mittelmeer nur einige Züge. Auf den Stationen der Staatseisenbahn, so namentlich auf dem Bahnhof von Saint Lazare und Invalides kam es zu zahlreichen Arbeitseinstellungen. Auf dem Nordbahnhof ist die Streikparole nicht befolgt worden. Auf den Ostbahnen wird teilweise gestreikt.

WTB. Paris, 28. Febr. Die Lage infolge des Eisenbahnerstreiks ist dieselbe. Auf verschiedenen Bahnhöfen und auf einzelnen Linien ist der Streik nur teilweise. Die Regierung hat umfassende Maßnahmen getroffen. Heute werden Truppenkontingente in Paris einrücken und die Bahnlinie militärisch besetzen. Die englischen Lufttransportgesellschaften haben Maßnahmen getroffen, um den Luftverkehr zwischen England und Frankreich mit Rücksicht auf den Eisenbahnerstreik erheblich erhöhen zu können.

In der gestrigen Kammersitzung ist das Gesetz über die zeitliche Requirierung des gesamten rollenden Materials mit allen gegen 90 Stimmen angenommen worden. — Am späten Abend hat auch der Senat das Gesetz angenommen.

London, 28. Febr. Infolge des Eisenbahnerstreiks in Frankreich hat die englische Lufttransportgesellschaft Maßnahmen getroffen, um den regelmäßigen Dienst Paris—London den Verhältnissen entsprechend zu erweitern. Es liegen zahlreiche Anmeldungen vor zur Beförderung von Personen und Güter nach Frankreich.

Verhaftungen und Haussuchungen.

WTB. Paris, 1. März. (Havas.) Das Bild, das die Lage am Sonntag mittag bot, hatte sich am Ende des Tages nicht geändert. Zwischenfälle während des Sonntages wurden nicht gemeldet. Die Versammlungen, die in Paris stattfanden, sind ruhig verlaufen. Gegen den Genossen Midol wurde ein Haftbefehl erlassen wegen Aufforderung des Militärs zum Ungehorsam. Am Sonntag vormittag wurde Louis Raffin, der in dem Blatt „La Libertaire" einen Appell an die Rekruten des Jahrgangs 1920 veröffentlicht hatte, verhaftet. Er ist der Verfasser von revolutionären Liedern, die vom sozialen Krieg und der Ermordung der Generale handeln. In den Büros des „Libertaire" wurde ein Haussuchung vorgenommen, ebenso in der Wohnung des Geschäftsleiters, wo verschiedene Schriftstücke beschlagnahmt wurden.

Die letzten Meldungen.

WTB. Paris, 1. März. Der Foederalrat der Eisenbahner erklärt, er habe angesichts des unverständigen Starrsinns der Regierung, die die Verantwortung für die Verschärfung des Konflikts trage, beschlossen, den Eisenbahnern sämtlicher Eisenbahnlinien den Befehl zur Arbeitseinstellung zu geben. Die Gewerkschaft der Eisenbahner erklärt, sie habe alle Mittel erschöpft, um zu einem Einverständnis zu gelangen. Sie sei bei der Eisenbahngesellschaft Paris-Lyon-Mittelmeerbahn, beim Minister für öffentliche Arbeiten und beim Ministerpräsidenten vorstellig geworden und habe um Einstellung der Maßregelungen unter der Zusicherung eines schiedsgerichtlichen Verfahrens nachgesucht, doch sei sie auf unüberwindlichen Widerstand gestoßen. Sie habe infolgedessen beschlossen, die Arbeit auf allen Eisenbahnlinien anzuhalten. Die Exekutivkommission der Eisenbahnergewerkschaft ersucht, den Streik ohne Herausforderung und Sabotage durchzuführen. Die Arbeit könne auf eine besondere Weisung wieder aufgenommen werden. Auch der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes ist heute morgen zusammengetreten. Die Eisenbahner sollen mit der Regierung verhandeln, um die Lebensmittelzüge sicherzustellen. Heute abend 7 Uhr wird der Ministerrat unter dem Vorsitze des Präsidenten der Republik, Deschanel, zusammentreten.

Wiedereinführung der Einschränkungen.

WTB. Paris, 29. Febr. Ab 1. März werden im großen und ganzen alle Einschränkungen aus der Kriegszeit wieder in Kraft treten. So werden Kohlen nur denjenigen bewilligt werden, die keine andere Heizungsmöglichkeit haben. Die Cafés, Restaurants und Hotels müssen um 10 Uhr schließen, die Theater, Konzerthallen und kinematographischen Theater um 9 Uhr.

Frankreichs Rüstungspolitik.

Paris, 28. Febr. In der vorgestrigen Kammersitzung erklärte Bryand nachdem Kriegsminister Lévéque, der die Annahme seines Gesetzentwurfes über die Einberufung der Jahresklasse 1920 empfohlen hatte, der Frieden sei noch nicht effektiv. Deutschland wolle Zeit gewinnen, um sich zu rächen. Gewiß wolle es den Krieg nicht wieder aufnehmen, aber es wolle nach und nach das verlorene Tarrain wieder gewinnen. Es wisse ganz genau, daß eine Koalition immer gebrechlich sei. Frankreich müsse in der Welt die erste Rolle spielen. Man müsse ferner betonen, daß ohne Frankreich Deutschland siegreich gewesen wäre. Frankreich könne auf nichts anderes als auf das Gefühl seiner überall anerkannten Stärke zählen.

Schließlich wurde das Gesetz über die Einberufung der Jahresklasse 1920 mit 518 gegen 88 Stimmen angenommen.

Wilsons Adria-Note.

WTB. Paris, 28. Febr. Die Note des Präsidenten Wilson vom 25. Februar beharrt auf der Stellungnahme, die Wilson früher den Beschlüssen des englischen und französischen Ministerpräsidenten gegenüber eingenommen hat. Sie erklärt jedoch, daß der Präsident keine Einwände erheben wird gegen ein Abkommen über die italienisch-jugoslavische Grenze im Gebiet von Fiume, wenn es sowohl von Italien als auch von Jugoslavien angenommen wird, vorausgesetzt, daß dieses Abkommen nicht auf einer Kompensation beruht, die auf Kosten von Angehörigen einer dritten Macht gewährt wird. Der Präsident ist bereit, eine freundschaftliche Verständigung dieser Art zwischen Italien und Jugoslavien anzunehmen, da lediglich die Angehörigen dieser beiden Mächte an dieser Frage interessiert sind, unter der Voraussetzung, daß das Ergebnis einer direkten Verständigung zwischen den beiden Ländern sich innerhalb der Schranken und Grundsätze des Selbstbestimmungsrechts hält. Sollten die beiden Parteien zu keiner Verständigung gelangen, so hätten sie sich der Entscheidung Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten zu unterwerfen.

Präsident Wilson erklärt entschieden, gegen eine Teilung Albaniens in drei Teile zu sein, selbst wenn diese Teilung Jugoslavien befriedigen würde. Schließlich beharrt er auf seiner Ansicht, daß der Geheimvertrag von London jetzt nicht in Anwendung gebracht werden kann, da die Lage, in deren Berücksichtigung dieser Vertrag geschlossen wurde, durch die Ergebnisse des Krieges völlig verändert worden ist.

Kein Friede mit Sowjet-Rußland.

WTB. Washington, 28. Febr. Das Staatsdepartement gibt bekannt, daß die Friedensvorschläge Sowjet-Rußlands in den Vereinigten Staaten nicht in Erwägung gezogen werden.

Kohlenstreik in Belgien.

Basel, 28. Febr. (Privattelegramm.) Einer Brüsseler Havasmeldung zufolge steht die Proklamierung des Generalstreiks der belgischen Arbeiterschaft bevor. In den belgischen Kohlengruben feiern zwei Drittel der Arbeiter. Die Arbeitswilligen werden mit Gewalt von der Arbeitsstätte ferngehalten. Die Streikdemonstrationen richten sich gegen die fortwährende Verteuerung des Brotes und anderer Nahrungsmittel.

Für sofortige Annullierung der Friedensverträge.

Straßburg, 28. Febr. (Privattelegramm.) Auf dem Sozialistenkongreß wurde eine Entschließung gegen den Gewaltfrieden von Versailles angenommen, den man als die Saat zu einem neuen Weltkrieg und zur Verewigung des Hasses bezeichnete. Die Mehrzahl der sozialdemokratischen Delegierten stimmte für sofortige Annullierung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain und für die Einberufung einer Völkerinternationale.

Ueber die Beteiligung an der Regierung.

Auf dem gestern in Berlin abgehaltenen sozialdemokratischen Bezirkstag führte der preußische Kultusminister Haenisch aus, daß es eine Unmöglichkeit sei, in einer Koalitionsregierung, die nur zu ein Drittel aus Sozialdemokraten bestehen, rein sozialdemokratische Politik zu treiben. Obgleich es für die sozialdemokratischen Minister keine Annehmlichkeit sei, mit den anderen Parteien zusammen zu regieren, müßten sie im Interesse des Volkes in der Regierung verbleiben, denn sonst würde die Diktatur der äußersten Rechte oder der äußersten Linken zu schweren politischen Konflikten führen, zu einer Katastrophe, die das Land nicht ertragen könne. In den kommenden Wahlen habe das Volk sein Geschick in der Hand. Sache der Arbeiter sei es, auf Grund des denkbar freiesten Wahlrechtes für eine andere Mehrheit zu sorgen.

Protest gegen die Abfindung Wilhelms II.

WTB. Berlin, 1. März. Auf dem außerordentlichen Verbandstage der sozialdemokratischen Bezirksorganisationen Großberlins, an dem Ministerpräsident Hirsch, Kultusminister Haenisch und Reichsernährungsminister Schmidt teilnahmen, wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der auf das schärfste gegen die der preußischen Landesversammlung zugegangene Vorlage über die Abfindung des ehemaligen Königs von Preußen protestiert und verlangt wird, daß durch Reichsgesetz das gesamte Grundvermögen der Krone für den Staat enteignet werde. Falls die Vorlage von den bürgerlichen Parteien beschlossen werden sollte, sei das Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der preußischen Regierung die selbstverständliche Konsequenz.

Das Wahlrecht in Japan.

WTB. Tokio, 1. März. Die Debatte über das allgemeine Stimmrecht, welche die Kammer am 14. Februar begonnen hat, wurde inmitten sehr lebhafter Bewegung wieder aufgenommen. In den Straßen um das Gebäude der Kammer herum fanden heftige Manifestationen der Menge statt. Die Debatte wurde schließlich vom Premierminister abgebrochen, der mitteilte, direkt das Volk über diese wichtige Frage befragen zu wollen. Die Kammer wurde hierauf aufgelöst.

Praktische Winke zu den Betriebsrätewahlen.

Von Hermann Müller, M. d. N.

Die Vorbereitungen zu den Betriebsratswahlen beschäftigen die Arbeiter allerorts. Bei der Neuheit des Stoffes herrscht dabei vielfach Unklarheit, und es ist selbstverständlich, daß die verschiedensten Fragen nach dem Wann und Wie auftauchen, zumal das Nebeneinander der verschiedenen Arbeitnehmervertretungen geeignet ist, zu verwirren.

Betriebsräte sind in allen Betrieben zu wählen, die in der Regel mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen. Unter Arbeitnehmer sind sowohl Angestellte als auch Arbeiter zu verstehen. Familienangehörige des Unternehmers gelten nicht als Arbeiter. Wohl aber Hausgewerbetreibende, soweit sie nicht selbst wieder Arbeiter beschäftigen. Zu beachten ist dabei allerdings, daß in den Betrieben, die mindestens 20 Hausgewerbetreibende beschäftigen, diese einen besonderen Betriebsrat wählen.

Wahlberechtigt ist jeder Arbeitnehmer, der 18 Jahre alt ist; wählbar ist, wer 24 Jahre alt, ein halbes Jahr im Betriebe ist und mindestens drei Jahre dem Gewerbe oder Berufszweig angehört. Aufgestellt kann auch werden, wer bis zum Abschluß der Wahl diese Voraussetzungen erfüllt hat.

Die Größe des Betriebsrats richtet sich nach der Zahl der im Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer. Er besteht:

in Betrieben von	20—49 Arbeitnehmern	aus	3 Mitgliedern
„ „ „	50—99	„ „	5 „
„ „ „	100—199	„ „	6 „

Um je eins erhöht sich die Zahl der Mitglieder in Betrieben von:

200—999 Arbeitnehmern für je weitere 200 Arbeitnehmer,
1000—5999 Arbeitnehmern für je weitere 500 Arbeitnehmer,
6000 und mehr Arbeitnehmer für je weitere 1000 Arbeitnehmer.

Die Höchstzahl der Mitglieder beträgt 30. Sind in einem Betriebe, für den ein Betriebsrat zu wählen ist, weniger wählbare Arbeitnehmer vorhanden, als der Betriebsrat Mitglieder haben soll, dann besteht er aus drei Mitgliedern. Sind auch diese nicht vorhanden, dann ist lediglich ein Betriebsobmann zu wählen.

Der Arbeiterrat und der Angestelltenrat ist in all den Betrieben zu errichten, in denen sich der Betriebsrat aus Arbeitern und Angestellten zusammensetzt. Diese Räte stehen also stets neben dem Betriebsrat. Während dieser die Angelegenheiten zu regeln hat, die alle Arbeitnehmer des Betriebes angehen, regeln Arbeiterrat und Angestelltenrat je nachdem die besonderen Angelegenheiten entweder der Arbeiter oder der Angestellten. Da sich der Arbeiterrat aus den Mitgliedern des Betriebsrats, die Arbeiter sind, zusammensetzt und, dementsprechend der Angestelltenrat aus den Betriebsratsmitgliedern die Angestellte sind, besteht, so sind besondere Wahlen für den Arbeiterrat oder Angestelltenrat nicht notwendig. Es findet also nur die Wahl des Betriebsrats statt.

Jede Gruppe, Arbeiter oder Angestellte, sollen ihrer Stärke entsprechend im Betriebsrate vertreten sein. Die Gruppe, die in der Minderheit ist — in der Regel werden dies die Angestellten sein — erhält wenigstens:

bei	50— 299	Gruppenangehörigen	2 Mitglieder,
„	300— 599	„	3 „
„	600— 999	„	4 „
„	1000—2999	„	5 „
„	3000—5999	„	6 „
„	6000 und mehr	„	8 „

Zählt die Minderheitsgruppe nicht mehr als fünf Personen und stellen diese nicht mehr als ein Zwanzigstel der Arbeitnehmer des Betriebes dar, dann erhält sie keine Vertretung.

Bei der Ermittelung der den einzelnen Gruppen zufallenden Zahl von Betriebsratsmitgliedern, ist demnach immer zunächst festzustellen, wieviele Mitglieder der Minderheitsgruppe zufallen. Der Rest ist von der Mehrheitsgruppe zu wählen. Beschäftigt ein Betrieb 500 Arbeitnehmer, von denen 60 Angestellte sind, so besteht der Betriebsrat aus acht Mitgliedern, von denen die Angestellten zwei zu wählen haben. Die übrigen sechs fallen den Arbeitern zu.

Die Zahl der Arbeiterrats- und Angestelltenratsmitglieder wird nun noch erhöht durch Ergänzungsmitglieder, deren Zahl wie folgt ermittelt wird: Jeder Arbeiterrat sollte so groß sein, wie der Betriebsrat sein würde, wenn ihn nur die Arbeiter ihrer Zahl nach zu wählen gehabt hätten. Ebenso der Angestelltenrat. Nach obigem Beispiel würden 400 Arbeiter in Betracht kommen. Hätten sie den Betriebsrat allein zu wählen, würden sie 8 Arbeiter im Betriebsrat haben. Da 60 Angestellte da sind, erhalten diese zwei, die den Arbeitern fehlen. Infolgedessen haben die Arbeiter zwei Ergänzungsmitglieder zu wählen, die zu den Beratungen des Arbeiterrats vollberechtigt zuzuziehen sind. Die 60 Angestellten hätten, wenn keine Arbeiter dagewesen wären, einen Betriebsrat von 5 Angestellten zu wählen gehabt; da sie nur 2 haben, wählen sie zum Angestelltenrat 3 Ergänzungsmitglieder hinzu.

Die Wahl soll spätestens nach sechs Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes stattfinden. Einzuleiten ist sie durch die Wahl des Wahlvorstandes. Dieser wird vom Arbeiterausschuß, wo ein solcher nicht besteht, vom Angestelltenausschuß bestimmt, ebenso der Vorsitzende der aus drei Personen bestehenden Körperschaft. Wo die Ausschüsse ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, hat der Unternehmer den Wahlvorstand zu bestellen. Er hat die drei ältesten wahlberechtigten Arbeitnehmer dazu zu bestimmen. Dieser Wahlvorstand wählt seinen Vorsitzenden selbst.

Die Wahl des Betriebsrats kann sich auf mehrere Tage verteilen, unter denen ein Sonntag sein kann. Die Wahl-

tage werden vom Wahlvorstand festgesetzt. Er hat spätestens 20 Tage vor dem letzten Tage der Stimmenabgabe ein Wahlausschreiben zu erlassen, von dem ein Abdruck oder eine Abschrift an einer oder mehreren allen Wahlberechtigten zugängigen Stelle bis zum letzten Tage der Stimmabgabe in lesbarem Zustande auszuhängen ist. Es muß alle auf die Wahl bezüglichen Angaben enthalten, z. B. die Wahltage, die Zahl der auf die einzelnen Gruppen entfallenden Bewerber, Vorschriften über die Form der Listen, Angaben, wo und wann sie einzurichten sind usw.

Jede der beiden Gruppen stellt ihre Liste gesondert auf und wählt für sich. Nur dort, wo sich die Arbeiter und die Angestellten in geheimen und getrennten Abstimmungen für eine gemeinsame Wahl aussprechen, findet diese statt. Dadurch wird aber das Zahlenverhältnis der Betriebsratsmitglieder nicht berührt, ebensowenig die Bildung des besonderen Arbeiter- und Angestelltenrates.

Natürlich kann jede der im Betriebe vorhandenen Richtungen, freigewerkschaftlich, christlich, Hirsch-Dunckersche usw. ihre besondere Liste aufstellen. Jede Vorschlagsliste soll wenigstens doppelt soviel Bewerber nennen als die in Betracht kommende Gruppe (Arbeiter oder Angestellte) Betriebsrats- und Ergänzungsmitglieder zu wählen hat. Wird für jede Gruppe (Arbeiter und Angestellte) nur eine Liste eingereicht, so findet keine Wahl statt. Es gelten dann die Vorgeschlagenen als gewählt. Wird gar keine Liste eingereicht, bleibt der Betrieb ohne Vertretung.

Die Wahl ist geheim. Sie findet statt durch Abgabe von Stimmzetteln in Wahlumschlägen. Jeder Arbeitnehmer hat nur eine Stimme. Eine Verbindung von Listen ist zulässig, ebenso die Streichung von Namen aus der Liste oder Vorbehalte. Gewählt wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Das Resultat wird ermittelt, indem die der einzelnen Vorschlagsliste zugefallenen Stimmenzahlen in einer Reihe nebeneinander gestellt und sämtlich durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt worden. Es werden dann die Bewerber nach den sich ergebenden Höchstzahlen als gewählt bezeichnet. Hätten z. B. die oben erwähnten Arbeiter die Auswahl zwischen vier Listen gehabt, von denen auf die erste 220, auf die zweite 100, auf die dritte 75 und auf die vierte 40 Stimmen entfallen wären, würde folgendermaßen verfahren:

	Liste Nr. 1	Nr. 2	Nr. 3	Nr. 4
	220	100	75	40
geteilt durch 2 =	110	50	37½	20
„ 3 =	73⅓	33⅓	25	13⅓
„ 4 =	55	25	18¾	10
„ 5 =	44	20	15	8
„ 5 =	36⅔	16⅔	12½	6⅔

Zu wählen sind 6 Betriebsrats- und zwei Ergänzungsmitglieder für den Arbeiterrat. Die 8 Höchstzahlen sind: 220, 110, 100, 75, 73⅓, 55, 50 und 44. Fünf davon entfallen auf die Liste 1 (220, 110, 73⅓, 55, 44), zwei auf die Liste 2 (100, 50), eine auf die Liste 3 (75). Dementsprechend gelten die Bewerber auf den Listen als gewählt und zwar sind die, die auf den Listen so stehen, daß auf sie die Höchstzahlen 55 und 44 entfallen, also die zwei niedrigsten Höchstzahlen, die Ergänzungsmitglieder für den Arbeiterrat. Enthält eine Liste weniger Bewerber als auf sie Höchstzahlen entfallen, so gehen die überschüssigen Stellen auf die Höchstzahlen der anderen Vorschlagsliste über. Natürlich müssen auch Ersatzmitglieder vorhanden sein, die nachrücken können, wenn Betriebsrats- oder Ergänzungsmitglieder ausscheiden. Als Ersatzmitglieder gelten die den Gewählten auf derselben Liste folgenden Bewerber. Die Ergänzungsmitglieder sind dabei zugleich die ersten Ersatzmitglieder.

Ist ein Betrieb neu errichtet und noch kein Arbeiterausschuß vorhanden, dann bestimmt auch der Arbeitgeber den Wahlvorstand. In solchen Betrieben können, wenn sie noch keine sechs Monate bestehen, Arbeitnehmer gewählt werden, die im Betriebe seit der Begründung beschäftigt sind. Sind trotzdem nicht genügend Arbeitnehmer zur Bildung des Betriebsrates vorhanden, kann allgemein von dem Erfordernis der sechsmonatlichen Betriebszugehörigkeit abgesehen werden, nötigenfalls auch von der dreijährigen Berufs- oder Gewerbezugehörigkeit.

Wo nur ein Betriebsobmann zu wählen ist — in den Betrieben unter 20 Arbeitnehmern —, wird nur ein Wahlleiter vom Arbeitgeber gewählt. Es soll dies der älteste wahlberechtigte Arbeitnehmer sein. Bei der Wahl des Betriebsobmanns kann selbstverständlich das Verhältniswahlsystem nicht angewendet werden. Es entscheidet die einfache Mehrheit.

Sämtliche durch die Erfüllung der Vorschriften entstehenden Kosten der Wahl hat der Unternehmer zu tragen. Entsteht dem Wahlvorstand oder den Wählern durch Zeitversäumnis Lohnausfall, so hat diesen gleichfalls der Unternehmer zu tragen.

Dämmernde Erkenntnis der U. S. P.

Letzter Tage konnte man im Zentralorgan der U.S.P., in der „Freiheit", eine elegische Betrachtung über den Neuaufbau des englischen Heereswesens lesen. Nicht einmal auf die Tankgeschwader und die chemischen Kampfmittel wolle England verzichten, weil noch nicht sicher sei, daß nicht etwa ein künftiger Gegner sie gebrauche. Mit dieser Argumentation habe früher, so meint die „Freiheit", der deutsche Militarismus seine Ausschreitungen begründet, und jetzt machten es alle anderen Staaten auch nach dem Weltkrieg noch ebenso.

Ganz recht! Die unabhängige Lehre, daß der preußische Militarismus ganz besonders schlecht und gemein sei und daß seine Zerstörung den Militarismus in der ganzen Welt unmöglich machen würde, war eben eine der unzähligen frechen Kriegslügen der U.S.P., mit der sie das deutsche Volk vier Jahre lang belogen und betrogen hat. Heute richtet die „Freiheit" einen „Gruß nach Straßburg". Selbstverständlich nicht nach dem deutschen Straßburg und seinem Münster, sondern zu dem französischen Parteitag der Sozialdemokratie, die dort gegenwärtig tagt. Natürlich sind — nach der „Freiheit" — die französischen Sozialisten „über den Verdacht erhaben", daß sie aus chauvinistischen Erwägungen nach Straßburg gehen müssen. Aber hinterher muß die „Freiheit" zugeben, daß den Vertretern der U.S.P. die Grenze nach Straßburg noch verschlossen sei. Warum tagt die französische Sozialdemokratie also gerade dort, wo noch der Belagerungszustand herrscht? Etwa nur, um dagegen zu protestieren? Die deutschen Arbeiter werden schon verstehen, warum diese angeblichen Todfeinde der Eroberungspolitik gerade ins Elsaß gegangen sind.

In einem voreiligen Nachruf auf Erzberger liest man in derselben Nummer der „Freiheit", daß dieser Zentrumsmann mit Entschlossenheit die Republik verteidigte und außerdem eine Finanzpolitik trieb, die „nicht davor zurückschreckte, das Portemonnaie der Besitzenden recht derb anzufassen".

Recht derb! Bisher haben wir in der „Freiheit" nur gelesen, daß die ganze Finanzpolitik der Republik auf Schonung der Reichen und Ausbeutelung der Armen hinauslaufe. Jetzt auf einmal wird zugestanden, daß **„die Koalitionsparteien die Besitzenden recht derb angefaßt haben". Dämmert nicht auch bei den unabhängigen Arbeitern die Einsicht, wie man sie irreführt und belügt?**

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 28. Februar.

Die Weiterberatung des

Gesetzentwurfes einer Reichseinkommensteuer

wird fortgesetzt.

Abg. **Keil** (Soz.): Wenn das alte Regime von Anbeginn des Krieges an eine vernünftige Steuerpolitik getrieben und das Kapital angemessen belastet hätte, wenn Herr Helfferich keine Bankerottpolitik getrieben hätte, so brauchten wir heute seine Suppe nicht auszuessen. Die Sozialdemokraten sind an dem unerquicklichen Schauspiel in Moabit nicht beteiligt. Sie hatten schon zu Beginn des Krieges eine Kriegsgewinnsteuer verlangt, ebenso den Ausbau der Erbschaftssteuer. Das Prinzip der progressiven Einkommensteuer ist sozialdemokratisch. Im einzelnen haben wir Sozialdemokraten uns die Gestaltung des Gesetzes anders gedacht. Die Steuer muß aber nun in der vorliegenden Form verabschiedet werden. Es ist zu hoffen, daß die Schonung kinderreicher Familien noch weiter ausgedehnt wird. Der Bedarf des Reiches für die nächsten Jahre ist noch lange nicht gedeckt, zumal die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag noch gar nicht zu übersehen sind. Die Hauptsache ist, das Reich lebensfähig zu erhalten. Die Besitzenden müssen sich ihrer Pflicht gegen die Allgemeinheit bewußt werden.

Abg. **Dohlmann** (D.): Ueber das Ergebnis der Einnahmen von 1919 und den Bedarf von 1920 liegen noch keine genauen Angaben vor. Die drei Löcher im Norden, Osten und Westen sind noch immer offen. Die Warenproduktion deckt noch nicht den Bedarf. Es muß noch Ware importiert werden. So fehlen alle Voraussetzungen für die Aufstellung eines Etats. Es kommt weniger auf die Art der Besteuerung an, als darauf festzustellen, welche Steuererhöhung von der Volkswirtschaft ertragen werden kann. Sparsamkeit und Mehrarbeit sind notwendiger denn je. Die bestehende Arbeitszeit muß voll ausgenutzt werden. Die Arbeitslosenunterstützung muß so geregelt werden, daß niemand denken kann, er brauche nicht zu arbeiten. Es muß jetzt in erster Linie unsere Sorge sein die Kasse des Reiches zu füllen. Die jetzige Steuergesetzgebung, so notwendig sie für den Augenblick ist, wird keinen allzu langen Bestand haben. Nur eine gute auswärtige Politik kann uns aus unseren wirtschaftlichen und finanziellen Nöten erretten.

Abg. Dr. **Dueringer** (D.N.): Vom taktischen Standpunkt aus sind wir Gegner der jetzigen Regierung, zu der wir kein Vertrauen haben. Wir lehnen es daher ab, den Männern, die am Ruder sind, eine solche Fülle von Macht zu übertragen, wie sie dieses Steuergesetz mit sich bringt. Sachlich können wir an den Verhandlungen mitarbeiten, aber die Verantwortung für dieses Steuergesetz tragen die Mehrheitsparteien. Die Steuergesetze liegen jetzt in ihrer Gesamtheit vor und ermöglichen jetzt erst den so notwendigen Ueberblick. Sie lassen jede volkswirtschaftliche Rücksichtnahme vermissen und sind rein nach finanztechnischen Gesichtspunkten bearbeitet.

Abg. Dr. **Becker** (D.V.): Die Finanzpolitik Helfferichs war diktiert von dem Gefühl, das wir damals alle hatten, nämlich dem, daß wir siegen würden. Zentrum und Demokraten haben der damaligen Finanzpolitik zugestimmt. Alle unsere finanziellen Bestrebungen werden nutzlos sein, so lange nicht das Vertrauen zu unserer wirtschaftlichen Gesundung zurückkehrt im Land und vor allem im Auslande, das wir nun einmal brauchen. Länder und Gemeinden müssen gegenüber dem Reiche zurück stehen. Der Ausbau der einzelnen Steuern darf nicht so kompliziert gestaltet werden, daß ihre Ausführung daran scheitert.

Abg. **Herold** (Ztr.): Unsere Anträge zu den Steuergesetzen bei der Ausschußberatung sind aus unserer Mitte hervorgegangen ohne Fühlungnahme mit dem Finanzminister. In dieser schweren Zeit sollte keine Partei die Verantwortung für die geschaffenen Gesetze ablehnen. Den Etat haben wir auch während des Kulturkampfes nicht abgelehnt. Wir hoffen, daß das Einkommensteuergesetz so gestaltet wird, daß es trotz der schweren Belastung der Bevölkerung annehmbar sein wird.

Abg. **Dübel** (U.S.P.): Das steuerfrei gelassene Existenzminimum und die Staffelung nehmen keine Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse. Die Teuerung wird weiter steigen. Der preußische Ministerpräsident Hirsch verlangt in seinen letzten Handbüchern ebenso wie früher die ganze rechtssozialistische Partei die absolute Steuerfreiheit des zum Leben notwendigen Einkommens. Die kapitalistischen Grundlagen des Staates sind die alten, und so entfernt man sich immer mehr von dem sozialistischen Standpunkt.

§ 1 wird angenommen. Montag 1 Uhr Fortsetzung. Schluß nach ½6 Uhr.

Badische Politik.

Bauernschulmeister.

Mit einer Emsigkeit, die wahrhaftig einer besseren Sache würdig wäre, versuchen zurzeit die Bauernorganisationen und deren Beauftragte in der Presse für die Wünsche und Forderungen der Bauern Stimmung zu machen. Fast Tag für Tag werden Artikel an die Zeitungen verschickt, in denen gegen die Zwangswirtschaft gewettert, die Freigabe des Tabaks verlangt, der Ruf nach höheren Preisen erhoben wird, man könnte fast Hochachtung vor einer solchen Rührigkeit haben, wenn sie einer besseren Sache diente. Es soll natürlich den Bauern und ihren Vertretern unbenommen bleiben, für ihre Angelegenheiten und für ihre Forderungen zu werben, so viel sie wollen; bewunderungswert ist allerdings die Gedankenlosigkeit, mit der die städtische bürgerliche Presse, ohne ein Wort dazu zu bemerken, die vielen Zuschriften aus Bauernkreisen abdruckt. Zurückweisen müßten wir aber energisch, wenn gewisse Bauernvertreter glauben, auch noch der Arbeiterschaft Vorschriften machen zu sollen, wie es in einer der letzten Notizen der Fall ist, die

Einfache Geschichten.

Von Hermann Stenz, Karlsruhe.

2 Nachdruck verboten.

Die Freunde.

So war der Six auch einmal an einem heißen Augustmorgen über alte Mauern geklettert und hatte den Sack voll Kieselsteine. Für alle Fälle, zum Fenstereinwerfen natürlich. Wie das gekommen, wußte er selber nicht, aber plötzlich stand er im Hofe eines sehr alten baufälligen Gebäudes, das vollkommen unbewohnt schien. Alle Reste von Fensterscheiben, soweit überhaupt noch welche vorhanden waren, hatte er schon eingeworfen. Im Eifer kindlicher Zerstörungssucht hatte er beinahe den gesamten Kieselsteinvorrat seiner Tasche verbraucht, als er ganz hinten in der Ecke des Hofes ein ziemlich großes, efeuumsponnenes Fenster zu ebener Erde entdeckte, das zu seiner ungemeinen Verwunderung noch ganz war. Solch einen Wurf ins Volle wollte sich die Bubenfaust nicht entgehen lassen. Im Wurfziel weit ausholend, bog er den Arm zurück und fühlte ihn im nächsten Augenblick zu seinem großen Schrecken festgehalten.

„Halt, Büberl, das ist noch zu früh, in ein paar Jährchen darfst du die auch einwerfen. Jetzt werden sie noch gebraucht," sprach eine leise aber feste Stimme hinter ihm. Er ließ den Kiesel fallen und drehte sich um.

Da stand lächelnd ein alter mittelgroßer Mann in sehr ärmlicher, aber reiner Kleidung.

Das wäre nun gerade nicht schlimm gewesen; denn der Six war ein keckes Bürschlein. Aber das Erkennen ließ ihn die Augen niederschlagen und rot werden.

Es war der alte Meidner, der da vor ihm stand. Wenn im Winter die Schneebälle der Buben vor irgend jemandem ruhten, dann wars vor diesem Alten da. Nicht aus Furcht. Nur vor dem Achtung gebietenden Kopfe des Mannes.

Das immer blasse Gesicht des alten Mannes war von einem langen, schlohweißen Barte eingefaßt und die vollen gut gekämmten Haare gingen ihm bis auf die Schulter. Sein Gesicht war so edel geschnitten, wie das der Statue des heiligen Willibald im Dom. Immer ging er langsam und ruhig, gedankenvoll und kaum jemand grüßend, seines Weges, die scharfen, grauen Augen in die Ferne gerichtet. Den breitrandigen schwarzen Schlapphut hielt er meist in der Hand. Beinahe das ganze Jahr trug er eine dunkelblaue, abgeschossene Pelerine. Nur im Hochsommer legte er sie ab. Draußen in den Bergen begegnete er dem Six und seinen Kameraden nicht selten. Da bückte er sich oft nach einem Kräutlein und betrachtete es genau. Hie und da nahm er auch einige Blumen oder Zweiglein, die er immer sehr sorgfältig trug, mit fort. Keiner von den Buben hatte je Lust, ihm einen Streich zu spielen. Ein Wunder, wo es doch schon vorgekommen war, daß selbst auf des Herrn Bürgermeisters Rücken Schneebälle landeten.

Also der Bub wurde rot, schlug die Augen nieder und klappte sie aber sofort trotzig wieder auf.

Und dann, wahrhaftig — dann lachte er übers ganze Gesicht. Denn der alte Meidner lächelte immer noch. Mit ein paar so feinen grauen Augen und lustig verzogenen Mundwinkeln, daß der Six Mut kriegte.

„Hab' nit gewußt, daß der Herr Meidner dahinten wohnt," meinte er dann, gerade nicht sehr laut.

„Glaub dir's, Büblein. Aber weißt, wenn du mir die Fenster einwirfst, frier ich im Winter!"

Der Six machte ein nachdenkliches Gesicht: Frieren, das war seine Sache nicht. Lieber in der Sonne braten. Dann plötzlich mit dem Gefühl, daß da etwas gut gemacht werden müsse, platzte er treuherzig heraus:

„Müßt' ich Ihnen nit was holen, Herr Meidner? Vielleicht . . . vielleicht Zigarren?"

„Zigarren rauchen, hat mir mein Geldbeutel abgewöhnt," lachte der Alte, „aber Salz könntest holen, ein halb Pfund für fünf Pfennig. Wie heißt du denn, Büberl?"

Der Sirt nannte seinen Namen und wollte mit dem Geld straks wieder über die Mauer weg zum Krämer.

„Halt, halt, wir haben noch einen andern Weg. Oder glaubt du, daß ich auch über die Mauer steig?"

Der Meidner zog dem Bub das alte große Hoftor auf.

Der Kleine kam mit dem Salz wieder in den Hof zurückgesprungen und sah sich um, denn er wußte nicht recht wohin.

„Daher mit dem Salz, Büberl!" rief plötzlich der Alte aus einer Türe, die auch schier ganz hinter Efeugeschling versteckt lag. Der Bube lief über den weiten Hof an einem kleinen, mit allerlei Gemüse bestecken Garten vorbei und übergab seine Düte. Dabei warf er neugierig einen Blick durch die Oeffnung in den Raum. Vor Verwunderung klappte ihm der Mund auf. So etwas hatten seine Kinderaugen höchstens auf den Bildern des dicken Zeitschriftenbandes zu Hause gesehen.

Wände und Decken des großen niederen Raumes waren weiß gekalkt. In der Ecke stand ein eiserner Kochofen, aus dessen Röhre einige Töpfe lugten. Unweit davon lag auf dem blanken Boden ein Strohsack, über den eine wollene Decke gebreitet war. Der einzige Stuhl der Stube stand vor einer kurzen Werkbank, die scheinbar auch als Tisch diente. Allerlei Werkzeuge lagen verstreut auf derselben in einigen offen stehenden Kisten und auf dem breiten Fensterbrett. Klötze und Bretter von Birnbaum- und Lindenholz standen und lagen umher. An den Wänden hingen Arme, Beine und Köpfe aus Gips neben holzgeschnitzten Kapitälchen, Leisten und Brettern. Ein großer grellroter Korallenpilz saß zwischen grüngelbem Moos in einem zerbrochenen Blumentopf, der auf der dunklen Kiste neben dem Ofen stand. Eine kleinere Kiste mit bunten Farben befand sich daneben. Harz, Terpentin, Wachs, Leim und frisches Holz sandte ein wirres Gemisch von Gerüchen durch den Raum. Einige Kleider waren hinter einem einst bunten, nun verblichenen, löcherigen Vorhang halb verborgen. Wovon der Bub aber seine Augen nicht brachte, das war etwas Herrliches, etwas für ihn ganz Neues, schier Unbegreifliches.

Aus einem dicken länglichen Holzklotze, der mitten auf der Werkbank stand, ragte zur oberen Hälfte fertig geschnitten eine Marienfigur in die Höhe. Zu unterst noch ganz roh, kaum angedeutet durch wenige derbe Meißelschläge, entwickelte sich das Holzbild, je weiter es aus dem unteren Teile nach oben strebte, immer fertiger. Das Gesicht der Statue sah so fein im gelblichen Holzton aus den unvollendeten Haaren, wie wenn es lebte.

Dieses Gemisch von Formen aus Holz und Gips, von Werkzeugen aller Art, von Gerüchen und Armut drängte sich mächtig in den Buben und machte ihn beinahe wirr. Das Herauswachsen des Bildwerks aus dem roten Holzstamm und der ärmlich gekleidete alte Mann mit dem feinen Gesicht, das alles formte sich in des Buben Hirn nebst der Geschichte von einem armen Künstler, die er einmal gelesen hatte, zum Erlebnis. Zu etwas ganz Neuem und Großem in seinem Kinderleben. Der Eindruck des ersten Kunstschaffens war trotz der Aermlichkeit der Umgebung oder vielleicht gerade deshalb ein mächtiger. Der Six hatte nun wohl schon von Künstlern gelesen und gehört, aber gesehen hatte er noch keinen.

(Schluß folgt.)

Die Abfindung der Hohenzollern.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht einen Aufsatz von Dr. Paul G. Hübner, in dem der Versuch gemacht wird, den Entwurf eines Auseinandersetzungsgesetzes zwischen dem preußischen Staat und der ehemaligen preußischen Krone zu rechtfertigen. Herr Dr. Hübner findet diesen Entwurf sehr vorteilhaft für den preußischen Staat und sehr unvorteilhaft für die Hohenzollernfamilie, und er will die Richtigkeit seiner Auffassung damit beweisen, daß er darlegt, was alles von dem bisherigen Vermögen der Hohenzollern diesen als Privateigentum zusteht und wieviel von diesem Privateigentum in den Besitz des Staates übergehen soll. Diese Art der Beweisführung wird aber jene nicht zu überzeugen vermögen, die vor einem wirklichen oder angeblichen Privateigentum von einigen hundert Millionen, das sich in der Hand einer einzigen Familie befindet, keinen Respekt haben und die nicht einsehen, warum es nicht angetastet werden soll.

Die Dinge liegen nun freilich so, daß diese Antastung nur auf dem Wege über die Reichsgesetzgebung erfolgen kann. Es kennzeichnet den Geist des Verteidigers jenes stark verunglückten Regierungsentwurfs, wenn er sagt, es gäbe nur zwei Möglichkeiten der Lösung: „Anwendung von Gewalt, d. h. Erlaß eines Gesetzes, oder gütliche Vereinbarung."

Diese Gleichstellung von Gesetz und Gewalt ist geradezu kostbar, sie zeigt, wie empfindlich manche Leute sind, wenn es um die Frage des Privateigentums geht, da schreien sie schon von Gewalt, wenn die Allgemeinheit von ihren verfassungsmäßigen und gesetzmäßigen Rechten den ihr nützlich scheinenden Gebrauch macht. Es wäre lächerlich, von Gewalt zu reden, wenn die Nationalversammlung ein kleines artiges Gesetz beschlösse, das den preußischen Staat ermächtigt, die Familie Hohenzollern zu enteignen und die Höhe der Entschädigung nach eigenem Ermessen festzusetzen.

Herr Dr. Hübner irrt, wenn er behauptet, nach der neuen Reichsverfassung sei die Wegnahme von Privateigentum ohne angemessene Entschädigung ausgeschlossen, es sei also zum Zwecke der Enteignung zunächst „ein verfassungsänderndes Reichsgesetz notwendig." Die Verfassung bestimmt vielmehr, daß das Eigentum nur gegen angemessene Entschädigung enteignet werden kann, sofern nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt. Ein Reichsgesetz, das dem preußischen Staate bei seiner Auseinandersetzung mit den Hohenzollern die nötige Bewegungsfreiheit verschafft, würde also durchaus im Rahmen der Verfassung liegen.

Allerdings ist es fraglich, ob die bürgerlichen Parteien für ein solches Vorgehen gewonnen werden können. Denn erstens einmal tragen viele der Herren und Damen rechts von den sozialdemokratischen Bänken eine heimliche Liebe im Herzen, „von der niemand nichts weiß," und zweitens kriegen es die meisten von ihnen mit der Angst zu tun, wenn von Enteignung geredet wird. Sie denken sich, man weiß wohl, wo so etwas anfängt, aber nicht, wo es endet.

Infolgedessen besteht eine recht schwierige Lage. Die preußische Regierung kann sich, ohne die Stütze eines Reichsgesetzes, nicht über die privatrechtlichen Ansprüche der mit dem allerbesten Appetit gesegneten Familie hinwegsetzen, ist also zum Wege des Vergleiches gezwungen — womit nicht gesagt sein soll, daß der vorliegende Vergleichsversuch das Beste ist, was aus dem Handel herauszuholen wäre. Wenn man die Sache mit dem hier durchaus angebrachten Mangel von Sentimentalität betrachtet, so findet man, daß die Stellung der preußischen Regierung gar nicht so schlecht ist, denn erstens einmal hat sie die tatsächliche Macht und zweitens einmal kann sie es ruhig darauf ankommen lassen, daß die Hohenzollernfamilie den Prozeßweg beschreitet. Denn Wilhelm II. und seine Familie müßten diesen Prozeß unbedingt verlieren, und sie würden ihn am allerschlimmsten verlieren, wenn sie ihn gewinnen würden. Die Monarchie ist ja in Deutschland nach menschlichem Ermessen sowieso für alle Zeiten tot und begraben, sie würde aber auf ihr Grab noch die Verachtung der ganzen Welt häufen, wenn ihre letzten Repräsentanten zum Gericht liefen, um **dort mit dem Staate um Gold und Gut, Häuser und Grundstücke zu prozessieren.** Die republikanische Regierung Preußens kann es auf diesen Skandal ruhig ankommen lassen, bei ihr liegt es gerade umgekehrt wie bei den Hohenzollern: Sie kann den Prozeß auf alle Fälle nur gewinnen und in keinem Fall verlieren.

Es öffnen sich also zwei Wege: erstens der einer gründlichen Revision des Ausgleichs, wobei es die Regierung mit Vergnügen auf einen Prozeß ankommen lassen kann, oder aber der weit sympathischere Weg eines Reichsgesetzes. Vielleicht ist es möglich, durch Aufrüttelung der öffentlichen Meinung auch die bürgerlichen Parteien noch auf diesen Weg zu bringen. Niemand beabsichtigt eine Grausamkeit gegen die Mitglieder der ehemals regierenden Familie, noch nie hat eine Dynastie eine Revolution in so angenehmer Weise überstanden wie die Hohenzollern und Kompagnie die deutsche Revolution von 1918. Wenn man den Herrschaften aber so viel läßt, wie sie brauchen, um ohne Arbeit ein bürgerlich behäbiges Leben führen zu können, so wird das in den Augen der meisten Zeitgenossen genug, ja sogar recht reichlich sein. Wir anderen haben es weniger gut, aber wir wollen es den Herrschaften schon gönnen, vorausgesetzt, daß sie sich damit bescheiden und keine Ansprüche stellen, die man als **unverschämt zurückweisen müßte.**

•

Wie wir durch eine Privatnachricht aus Berlin erfahren, ist es ausgeschlossen, daß die Vorlage, welche die Rückgabe des Vermögens der Hohenzollern an Wilhelm den Letzten mit gewissen Einschränkungen vorsieht, im Landtag angenommen werden wird.

Der einmütige Standpunkt der Sozialdemokratie, der auch in einem Leitartikel des „Vorwärts" vom Freitag-Morgen zum Ausdruck kommt, ist der, daß der Vorschlag der U. S. P., den Hohenzollern ihr Vermögen entschädigungslos abzusprechen, sehr viel für sich habe. Was dagegen spricht, ist nur, daß die Sozialisten, die keine Mehrheit haben, mit diesem Vorschlag allein stehen. Es ist ausgeschlossen, daß auch nur ein bürgerlicher Abgeordneter dafür gewonnen werden kann. Wenn man nichts weiter beantragt, als die restlose Konfiskation des Vermögens Wilhelms, so ist man nach Ablehnung des Antrages so weit wie zuvor. Dann steht den Hohenzollern nach dem Reichsgesetz ihr ganzes Vermögen zur Verfügung. Und das Land Preußen ist zu seiner Herausgabe genötigt.

Die Sozialdemokratie verlangt daher ein Reichsgesetz, das dem Lande Preußen gestattet, nach endgültiger Konfiskation des Vermögens der Hohenzollern dieser erhabenen Familie soviel Entschädigung zu zahlen, wie es zahlen will. Dem Lande Preußen kann dann nicht mehr vorgehalten werden, die Hohenzollern würden es verklagen und ihr gesamtes Eigentum zurückerhalten, wenn man den entgegenkommenden Vertrag nicht abschließe, den Wilhelms Rechtsanwalt, der rührige Justizrat Löwenfeld, vorgeschlagen habe. Die Hohenzollern wären dann ganz auf die Gnade der preußischen Landesversammlung angewiesen, die hoffentlich dieser Familie nutzloser Müßiggänger sehr wenig bewilligen wird, wenn sie nichts zugenehmigen gezwungen werden kann. Es besteht also die Hoffnung, daß über kurz oder lang sogar die arbeitsscheue Familie der Hohenzollern durch Geldmangel zu nützlicher Arbeit gezwungen werden wird.

---

unter der Ueberschrift „Stellung der Landwirtschaft zum Achtstundentag" die Runde durch die Presse macht. Es wird da hingewiesen auf den Bericht des Bauernvereinsblattes über die kürzlich in Karlsruhe abgehaltene Hauptvorstandssitzung des Bad. Bauernvereins, in der sich die Vertreter der Regierung und die der Landwirtschaft zum Achtstundentag geäußert hatten. Zunächst wird da der Herr Justizminister Trunk zitiert, der den furchtbaren Ernst unserer Ernährungsfrage geschildert und die Anwesenden gemahnt habe, in allen Berufsständen darauf hinzuwirken, daß man sich mit dem Achtstundentag nicht mehr zufrieden gäbe. Man habe früher, so heißt es dann weiter, mehr gearbeitet und in einer Zeit, in der wir verarmt seien, dürfe man nicht in der Arbeitszeit und Arbeitsweise nachlassen. Landtagsabgeordneter Vierneisel betonte, daß der Bauer heute noch genau so wie im Krieg und wie vor dem Krieg arbeite, daß es aber einen schlechten Eindruck auf den Landwirt mache, wenn er von den Streiks in den Städten höre und wenn er dann nicht genügend Kohlen bekomme, um das geerntete Getreide ausdreschen zu können. In ähnlichem Sinne drückte sich auch der Präsident des Bad. Bauernvereins, Staatsrat Weißhaupt, aus, indem er die Hoffnung aussprach, alle Berufsstände mögen zu der Ueberzeugung kommen, daß der Achtstundentag heute nicht mehr ausreiche. Die Landwirte hätten sich nie daran gehalten und sie seien sich auch bewußt, daß ein Wiederaufrichten des Staates nur auf dem Wege über und durch die Landwirtschaft möglich sei.

Wir müssen gegenüber diesen bäuerlichen Weisheiten und Schulmeisterbelehrungen schon betonen, daß die Arbeiterschaft derartige Belehrungen dankend ablehnt. Wenn der Bauer heute noch genau so arbeitet wie im Kriege und wie vor dem Kriege, so fällt ihm wahrhaftig das nicht schwer, denn er hat auch noch dieselbe Verköstigung und Verpflegung wie im Kriege und wie vor dem Kriege. Wir wollten mal sehen, wie es mit der Arbeitsfreude und der Arbeitsfähigkeit des Bauern bestellt wäre, wenn er sich ebenso kümmerlich durchs Leben schlagen müßte, wenn ihn dieselben Nahrungssorgen drücken würden, wie es bei der städtischen Arbeiterschaft zurzeit der Fall ist. Die Herren Vierneisel und Weißhaupt können überzeugt sein, daß die Arbeiter auch mit acht Stunden Arbeitszeit dieselben Leistungen hervorbringen würden wie früher mit 9 und mehr Stunden, wenn in weiten Kreisen der Landwirtschaft eine größere Ablieferungsfreudigkeit gezeigt würde, als es bisher der Fall war und dadurch die Arbeiter sich mehr Lebensmittel zuführen könnten. Daß es aber in dieser Erfüllung der Pflichten auf der andern Seite oft sehr hapert, werden wohl Herr Vierneisel und Herr Weißhaupt kaum zu bestreiten wagen.

Man hat früher von verschiedenen Seiten so sehr über den jungen Munitionsarbeiter gelästert, der sich seine Zigarette mit Fünfmarkscheinen anzündete; von den Fünf-, Zehn- und Hundertmarkscheinen, die in den Kisten und Kästen und Suppenschüsseln der Bauern von den Mäusen zernagt werden, spricht niemand. Ein „Wiederaufrichten des Staates" ist nicht allein nur möglich auf dem Wege über und durch die Landwirtschaft, sondern der Arbeitswille und die Arbeitsfreude und die Arbeitsfähigkeit der Arbeiterschaft ist zum mindesten in genau demselben Maße von nöten. Tun die Bauern ihre Pflicht, mehr ihre Pflicht, als es bisher der Fall war, dann werden sie sehen, daß das „Wiederaufrichten des Staates" auch mit dem Achtstundentag gelingen wird. Also, ihr Herren, bitte im eigenen Hause zuerst schulmeistern, bevor man andern gute Ratschläge erteilt.

Haft.

Zur Ausweisung des Unabhängigen Neumann. Die in Karlsruhe erscheinende „Sozialistische Republik", Organ der Unabhängigen Sozialistischen Partei Badens, bringt in Nr. 47 eine ihrer Ansicht nach Aufsehen erregende Enthüllung; sie behauptet, die Ausweisung des Unabhängigen Neumann aus Baden sei auf Grund einer Verordnung erfolgt, die streng vertraulich erlassen worden sei. Zum Beweise dieser Behauptung druckt sie eine Verordnung vom 12. Juni 1919 ab, über die die beiden Worte „Geheim! Vertraulich!" gesetzt sind.

Die „Sozialistische Republik" begeht damit eine offensichtliche Fälschung. Es handelt sich in keiner Weise um eine Geheimverordnung. Die von ihr veröffentlichte Verordnung ist in Nr. 41 Jahrgang 1919 Seite 363 des jedermann zugänglichen badischen Gesetzes- und Verordnungsblattes an erster Stelle erschienen und enthält selbstverständlich nicht die Ueberschrift „Geheim! Vertraulich!" — Mit dieser Feststellung richtet sich der skrupellose Angriff der „Sozialistischen Republik" gegen das Ministerium des Innern von selbst.

Die Werbungen für die französische Fremdenlegion haben trotz wiederholter Warnung immer noch nicht ihre Wirkungskraft verloren. Es finden sich immer wieder junge Leute, die den lockenden Versprechungen der französischen Werbeagenten erliegen. Es scheint deshalb geboten, erneut vor den Anwerbungen zu warnen und auf die Nichtswürdigkeit zu verweisen, die jede Meldung zur Fremdenlegion bedeutet. Es darf dabei erwähnt werden, daß mitunter selbst den Franzosen der Zulauf zur Fremdenlegion höchst verachtenswert, jedenfalls aber völlig unverständlich erscheint.

Das Zentrum und die neue Bauernbewegung. Nach dem „Bad. Beobachter" fand am letzten Sonntag in Kirchzarten eine Bauernversammlung statt, in der der Zentrumsführer Dr. Schofer sprach. Nach dem Zeitungsbericht führte der Redner aus, daß die Bauern durch Verzicht auf die sogen. „studierten" Führer sich nur selbst schaden würden und nicht den heutigen Einfluß auf die Gesetzgebung hätten, wenn sie als reine Bauernpartei in den Parlamenten vertreten wären. Einer neuen wirtschaftspolitischen Organisation der Landwirte wolle und werde keine politische Partei entgegenarbeiten, so lange die Organisation parteipolitisch neutral bleibt. Aber die Bauern sollten sich doch überlegen, ob es nicht besser wäre, die alten Organisationen auszubauen, statt deren Stoßkraft durch Zersplitterungen zu schwächen. — Am gleichen Tage fand eine Bauernversammlung statt in Weingarten bei Durlach, die einberufen war vom badischen Bauernverband (Bund der Landwirte und Verband der mittleren und kleineren Landwirte). Auch hier wurde von Zentrumsbauern scharf Stellung genommen gegen die zentrumsfeindliche Schreibweise des Organs der letztgenannten Organisation.

Das Zentrum ist also auf dem Damme. Auch wir Sozialdemokraten haben allen Anlaß, die auch gegen uns gerichtete Agitation von dieser Seite zu unterbinden, denn Vorteile aus der neuen Bauernbewegung haben nur die deutschnationalen Reaktionäre. Das schlimmste an der ganzen Sache aber ist der Umstand, daß durch die neue Bauernbewegung die Kluft zwischen Stadt und Land noch verbreitert wird und die Bauern durch die Agitatoren zu immer größeren Forderungen aufgepeitscht werden, zum Schaden der Allgemeinheit.

Ein drohender Schulstreik. In der kleinen Gemeinde Föhrental, im Bezirk Waldkirch, hat der dortige katholische Hauptlehrer Kunz mit seiner Familie seinen Austritt aus der Kirche erklärt und zugleich seit Wochen die Erteilung des Religionsunterrichts an der Volksschule eingestellt. Der Ortsschulrat hat dem Lehrer nahegelegt, sich bis längstens Ostern versetzen zu lassen. Falls er diesem Verlangen nicht nachkommt, will man in Föhrental seine Abberufung durch einen Schulstreik zu erzwingen suchen. — Das ist also die praktische Anwendung der Verfassung. Lehrer und Beamte, die von der ihnen garantierten Geistesfreiheit Gebrauch machen, werden einfach gezwungen ihren Wirkungskreis aufzugeben. Der „Bad. Beobachter" findet das natürlich in schönster Ordnung. Die Red.

Vom Badischen Lehrerverein. Die Ordentliche Vertreterversammlung des Badischen Lehrervereins findet am 25. und 26. Mai in Offenburg statt. Gegenstände der Tagesordnung werden voraussichtlich sein: Lehrplan, Differenzierung der Schüler nach der Begabung, falls noch erforderlich das Schulgesetz und notwendige Satzungsänderungen. Aenderungen sind längstens bis 28. März d. J. beim Vorstand einzureichen.

Veränderungen im höheren Justizdienst. Der Staatsanzeiger meldet eine größere Reihe Veränderungen im höheren Justizdienst. So wurde Kriegsgerichtsrat Elbs beim Gericht des Auflösungsstabs der 28. Division in Freiburg zum Oberamtsrichter in Mannheim ernannt. Landgerichtsdirektor H. M. Grüninger in Freiburg wurde zum Oberamtsrichter daselbst ernannt. Ferner wurden ernannt Oberamtsrichter Oskar Graß in Mannheim zum Amtsgerichtsdirektor daselbst, Kriegsgerichtsrat Karl Säger beim Gericht des Auflösungsstabs der 29. Division in Freiburg zum Oberamtsrichter in Mannheim und Gerichtsassessor Dr. Otto Welsch aus Konstanz zum Hilfsstaatsanwalt.

Versammlungen der landw. Genossenschafter. Der Genossenschaftsverband badischer landwirtschaftlicher Vereinigungen, Sitz Karlsruhe, veranstaltete in diesen Tagen in allen Gegenden des Landes wie alljährlich sog. Frühjahrsversammlungen, in denen neben der Erörterung interner geschäftlicher Angelegenheiten auch zu den wirtschaftlichen Tagesfragen Stellung genommen wird. Eine jeweils vorgelegte Entschließung, ausgearbeitet vom Hauptausschuß des Genossenschaftsverbandes, enthält in der Hauptsache folgende Forderungen: Da die Ueberführung der Zwangswirtschaft in eine völlig freie Wirtschaft zurzeit noch nicht möglich ist, soll aber mindestens die Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse den landwirtschaftlichen Genossenschaften übertragen werden, die ihrerseits mit den städtischen Verbraucherorganisationen zusammenarbeiten wollen. Die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse müssen so bemessen sein, daß ein angemessener Unternehmergewinn möglich ist, denn nur auf diese Weise kann eine weitere ungünstige Verschiebung der Anbauflächen hintangehalten werden. Weiter ist die Rationierung für Selbstversorger aufzuheben. Die sich zurzeit bildenden wirtschaftspolitischen Bauernorganisationen können für die Landwirtschaft nur neben den ländlichen Genossenschaften wirken, dürfen aber keinesfalls an deren Stelle treten.

Soziale Rundschau.

Beitragserhöhung in der Invalidenversicherung

Eine Erhöhung der Beiträge der Invalidenversicherung ist während des Krieges im Gegensatz zu den anderen Zweigen der Sozialversicherung nicht vorgenommen worden. Daß zu den Invalidenrenten Zulagen zugebilligt wurden, um gegenüber der allgemeinen Geldentwertung einigermaßen einen Ausgleich zu bieten, ist bekannt. Die Fürsorge in der Invalidenversicherung darf sich jedoch nicht auf die Rentengewährung allein beschränken. Beinahe noch wichtiger als die Fürsorge nach eingetretener Invalidität sind Maßnahmen vorübergehender Art. Es sei hier nur an die Bekämpfung der zwei schlimmsten Volkskrankheiten, der Lungentuberkulose und, gewissermaßen als „Kriegserrungenschaft", der Geschlechtskrankheiten hingewiesen. Was hier durch Heilverfahren von den Landesversicherungsanstalten schon geleistet worden ist, verdient Anerkennung. Gerade infolge der Kriegsnachwirkungen — die Unterernährung ist ja der beste Wegbereiter der Volkskrankheiten — müßte unbedingt ein Ausbau des vorbeugenden Heilverfahrenwesens erfolgen. Die mißlichen Finanzverhältnisse veranlaßten schon mehrere Landesversicherungsanstalten Einschränkungen im Heilverfahrenwesen eintreten zu lassen. Auf diesem Wege muß im Interesse der Wiedergesundung unseres an allen Gliedern kranken Volkes ein energischer Halt geboten werden. Daneben gilt es aber auch, die gegenüber den heutigen Kosten der Lebenshaltung noch weniger als kärglich zu bezeichnenden Renten aufzubessern.

Der Verband deutscher Landesversicherungsanstalten hat dem Reichsarbeitsministerium einen Entwurf zu einem Notgesetz vorgelegt, der diesem Bestreben gerecht werden möchte. Das Gesetz soll am 1. April 1920 in Kraft treten. Es wird eine Verdoppelung der derzeitigen Renten vorgeschlagen. Daneben sollen in gewissem Umfange die Rentenzulagen bestehen bleiben. Zur Hebung der Einnahmen wird eine höhere Zahl von Lohnstufen vorgeschlagen und zwar acht gegen den bisherigen fünf Klassen. Betrug der Höchstjahresarbeitsverdienst bisher 1150 M, so soll die Grenze auf 4000 M erhöht werden. Die Beiträge würden sich staffeln von 0,60 M bis 2,40 M pro Woche. Bisher betrug der höchste Wochenbeitrag 0,50 M. Es ist also viel, was verlangt wird. Aber in Anbetracht der hier in kurzen Strichen gezeichneten wichtigen Aufgaben, welche dringend der Erfüllung harren, wird

die Regierung sich der Einsicht nicht verschließen können, daß etwas geschieht und zwar bald. Ueber den Ausbau der Invalidenversicherung selbst wird später noch zu reden sein, wenn die angekündigte große Reform der Reichsversicherungsordnung in Angriff genommen wird. A. H.

* **Eine ungültige Verordnung.** Am 22. Januar 1919 erließ das Arbeitsministerium der badischen vorläufigen Volksregierung eine Verordnung, nach der die gewerbsmäßige Stellenvermittlung verboten sei. Diese Verordnung stützte sich auf den Beschluß des Reichstages vom 14. August 1914, wonach der Bundesrat ermächtigt wurde, wirtschaftliche Maßnahmen durch Verordnungen vorzunehmen. Auf Grund der Verordnung vom 22. Januar 1919 erließ das Amtsgericht zu Karlsruhe einen Strafbefehl gegen die Stellenvermittlung Frau Sophie Mayer geb. Kupferer aus Kappelrodeck über 5 M, weil Frau Mayer eine Stelle an eine Kellnerin gegen die Gebühr von 5 M vermittelt hatte. Gegen den Strafbefehl erhob Frau Mayer Einspruch und das Schöffengericht sprach sie frei, da die Verordnung des badischen Arbeitsministeriums vom 22. Januar 1919 ungültig ist. Der Reichstag habe dem Bundesrate lediglich die Ermächtigung zu wirtschaftlichen Maßnahmen gegeben, unter die die Verordnung des badischen Arbeitsministerium aber nicht fällt. Die Anordnung steht — so wurde in dem Urteile ausgeführt — außerdem im Widerspruch zur Gewerbeordnung und zu anderen Gesetzen. Gegen das freisprechende Erkenntnis des Schöffengerichts erhob die Staatsanwaltschaft Berufung zur Strafkammer. Diese trat dem Urteil der Vorinstanz bei und verwarf die Berufung der Staatsanwaltschaft.

Aus dem Lande.

* Forst bei Bruchsal, 27. Febr. In der letzten Nacht wurde dem Landwirte Hugo Meisel ein Pferd im Werte von 15 000 M aus dem Stalle gestohlen.

* **Emmendingen**, 27. Febr. In Reute wurde bei dem Hermann Gebhardt, der unter dem Verdachte der Schieberei stand, nach Salvarsan gesucht. Man fand zwar keines bei ihm, aber zwei Kisten mit wertvollen Operationsinstrumenten, die wahrscheinlich während des Krieges bei einer Sanitätsabteilung gestohlen worden waren. Gebhardt ist flüchtig.

Friesenheim bei Lahr, 29. Febr. Ein Werkmeister in Kürzell hatte im Schleichhandel über 32 000 Zigaretten angekauft, um sie auf dem gleichen Wege wieder abzusetzen. Die Zigaretten wurden aber beschlagnahmt und der Schleichhändler mit 2000 M bestraft.

* **Villingen**, 27. Febr. In seiner Wohnung hat sich der Stadttaglöhner Fridolin Huger erhängt. Auf einem Zettel gab er an, daß er sich das Leben genommen, weil er seine Frau im Wald ermordert habe. Die Gendarmerie hat die Untersuchung aufgenommen.

Welschingen bei Engen, 29. Febr. Der erst kürzlich aus der französischen Gefangenschaft zurückgekehrte Metzger Hermann Kenner half bei einer Hausschlachtung. Hierbei entlud sich die Schußvorrichtung zu früh und die Kugel drang dem jungen Mann in den Leib und führte seinen sofortigen Tod herbei.

* **Lembach** bei Bonndorf, 27. Febr. Der 33jährige Landwirt Max Duttlinger verunglückte auf einer Fahrt nach Schwaningen in die Mühle. Der Wagen scheint auf dem Wege dahin umgestürzt zu sein, sodaß Duttlinger von einem herabfallenden Sacke getroffen und erdrückt wurde.

Tauberbischofsheim, 29. Febr. Die Nachricht, daß der Mannheimer Wirt Andreas Fischer, der bei Distelhausen aus der Tauber als Leiche geländet wurde, einem Raubmord zum Opfer gefallen ist, ist falsch. Nach dem „Tauberbote" wurde festgestellt, daß Fischer bei der Dunkelheit von der Straße abgekommen und mit seinem Rad in die Tauber gestürzt und ertrunken ist.

* **Postverkehr mit dem besetzten Gebiet.** Im Verkehr zwischen der Rheinpfalz und dem unbesetzten Deutschland sind alle noch bestehenden Einschränkungen des Postverkehrs, besonders die Ueberwachung des Postverkehrs aufgehoben. Nur bezüglich der Zeitungen und sonstigen Druckwerke verbleibt es vorläufig bei den bisherigen Bestimmungen. Ferner sind die noch bestehenden Beschränkungen im Postauftrags-, Nachnahme-, Postanweisungs-, Zahlungsanweisungs-, Zahlkarten-, Wertbrief- und Wertpaketverkehr zwischen den übrigen Teilen der französischen Besatzungszone (ausschl. des zum Saargebiet gehörenden Teils) und dem unbesetzten Deutschland fortgefallen; dieser Verkehr regelt sich fortan nach den allgemeinen deutschen Vorschriften.

Landesversammlung der vertriebenen Elsaß-Lothringer.

Freiburg, 27. Febr. Hier fand letzter Tage die 7. Vertreterversammlung der Landesgruppe Baden des Hilfsbundes für die vertriebenen Elsaß-Lothringer im Reich statt, zu der auch die bad. Regierung eine Vertretung entsandt hatte. In Baden bestehen jetzt 24 Ortsgruppen, die durch 50 Delegierte bei der Landesversammlung vertreten waren. Der Vorsitzende Bongartz wies in seinen Einleitungsworten darauf hin, daß die Landesgruppe Baden der vertriebenen Elsaß-Lothringer eine erfreuliche Entwicklung nimmt. Von den gegen 40 000 ausgewiesenen Elsaß-Lothringern in Baden gelang es schon 55 % Erwerbs- und Wohnungsverhältnisse zu finden. Bedauerlich sei, daß das Reich selbst zur Seßhaftmachung bis jetzt sehr wenig getan habe. Landeskommissar Schneider erklärte, die bad. Regierung bringe den Vertriebenen alles Wohlwollen entgegen. Die Versammlung befaßte sich dann sehr eingehend mit der Entschädigungsfrage. Die Zahl der Einzelfälle, die in Baden durch die Feststellungsausschüsse erledigt werden müssen, wird voraussichtlich die Summe von 10 000 erreichen. Da bei dieser gewaltigen Zahl von Entschädigungsansprüchen die beiden Feststellungsausschüsse in Freiburg und Karlsruhe nicht genügen, so wurde das Reichsministerium des Innern in einer Entschließung ersucht, weitere Feststellungsausschüsse in Konstanz, im Wiesental, in Offenburg, in Baden-Baden oder Rastatt, in Mannheim oder Heidelberg zu errichten. Sodann wurde noch die Frage der Fürsorge in Baden erörtert und eine Erhöhung der Fürsorgesätze gewünscht.

Jugend und Sport.

Der Fußballsport am gestrigen Sonntag.

Ligaspiele. Phönix-Karlsruhe verliert gegen F.C. Pforzheim 1:2; F.C. Freiburg — Karlsruher F.V. 4:2 (in Freiburg, 5000 Zuschauer); Spielvereinigung Freiburg — F.C. Mühlburg 2:2; V. f. R. Pforzheim — Ballspielklub Pforzheim 2:1. — A-Klasse: Frankonia Karlsruhe — F.V. Rastatt 2:0; F.V. Knielingen — Sportklub Pforzheim 3:2; Concordia-Karlsruhe — Gaggenau 6:2; Germania-Durlach — V.-Baden 4:0. — B-Klasse: F.V. Daxlanden — Viktoria-Berghausen 0:0; F.V. Bretten — F.C. Blankenloch 4:2.

Süddeutsche Meisterschaft (1. Entscheidung). F.C. Nürnberg — Kickers-Offenbach 5:1 in Nürnberg.

Rugby-Spiel. Beim Entscheidungsspiel zwischen Süddeutschland und Norddeutschland in Heidelberg gewann Süddeutschland — Norddeutschland 6:0.

B. **Familien-Unterhaltung der Freien Turnerschaft Bulach.** Die Freie Turnerschaft hielt am Sonntag den 22. Febr., im „Trauben"-Saal eine Familienunterhaltung ab. Der 1. Vorsitzende gedachte in seiner Begrüßungsansprache besonders der von der Gefangenschaft zurückgekehrten Turngenossen mit warmen Worten. Als erste turnerische Aufführung kamen sehr gut ausgeführte Stabübungen von 18 Schülern zur Aufführung, ihnen folgten ebensolche Freiübungen von 12 Turnern. Ein darauffolgendes humoristisches Gesamtspiel „Die Braut aus dem Lumpenkeller" wurde gut zum Vortrag gebracht und haben sich besonders die Herren Essig und J. Knickel verdient gemacht. Die Pyramiden von 80 Schülern, die Windstabübungen von 9 Turnern, sowie das Barrenturnen der Musterriege sind sehr gut ausgeführt worden. Auch ein Kostüm-Vortrag von 4 Damen wurde schön zu Gehör gebracht, ebenso die übrigen Theaterstücke. Als Glanznummer muß der Zigeunerreigen, ausgeführt von 8 Damen und 8 Herren, genannt werden. Zur Verschönerung des Festes trugen in anerkennenswerter Weise der Zitherverein Mühlburg, sowie der Arbeiter-Gesangverein „Freundschaft" bei. Alles in allem, die Freie Turnerschaft kann wieder auf ein in allen Teilen gut gelungenes Fest zurückblicken, und muß das Gelingen in der Hauptsache ihrem altbewährten Turnwart E. Diebold zugeschrieben werden. Möge derselbe noch recht lange an der Spitze stehen, dem Verein und der hiesigen Jugend zum Nutzen.

Karlsruher Voranschlagsberatungen.

Der Voranschlag einstimmig angenommen.

* **Karlsruhe**, 28. Februar.

Der heutigen Fortsetzung der Voranschlagsberatungen ging eine Erklärung des Stadtv. **Eisinger** (D.N.) voraus, daß er mit seiner Kritik am Wohnungsamt nicht Herrn Rechtsanwalt Bösen unehrliche Machinationen unterschieben wollte. Nachdem noch Herr Bösen zu der Sache gesprochen, tritt das Haus in die **Einzelberatung des Voranschlages** ein. Bei Position **Gebühren** bemerkt Bürgermeister Dr. **Horstmann**, daß die Wassergebühren erhöht werden müssen. — Mit zur Beratung stehen auch die einzelnen stadtr. Vorlagen. Als erste die Beratung des **Tarifs der städt. Straßenbahn.** Es handelt sich hauptsächlich um Abschaffung der Arbeiterwochenkarte, an deren Stelle Monatsstreckenkarten als „Arbeitskarten" treten. Stadtv. **Ridinger** (U.S.P.) wendet sich gegen die Aufhebung der Wochenkarten. — Stadtv. Gen. **Zeidler** ist für die Aufhebung, da sie für die Arbeiterschaft nur ein Almosen bedeutete. Wir erstreben eine gute Entlohnung, sodaß die Arbeiterschaft nicht die Rolle eines Almosenempfängers spielen muß. Nachdem noch verschiedene Redner zur Vorlage gesprochen und Wünsche vorgebracht haben, wird dieselbe gegen die Stimmen der durch 2 Mitglieder vertretenen U.S.P.-Fraktion angenommen. — Bei Beratung der **Erhöhung des Tarifs der Karlsruher Lokalbahnen** betont Stadtv. Gen. **Zeitler**, daß sich die Hagsfelder Arbeiter gegen die Erhöhung wenden; er verlangt ferner den Ausbau der Vorortslinien, besonders nach Daxlanden. Bürgermeister **Schneider** sagt Prüfung der Einführung von Gemeinschaftskarten nach Hagsfeld zu. Die Vorlage findet einstimmige Annahme.

Erhöhung der Gebühren für Gas, Wasser und elektrischen Strom. Stadtv. **Peter** (Ztr.) verlangt mehr Unterstützung der Stadt für Einrichtung von elektrischen Beleuchtungsanlagen. Ihm schließt sich Stadtv. Gen. **Schwall** an. Stadtv. Gen. **Kiefer** wünscht, daß infolge Einführung der gleitenden Gas- und Elektrizitätspreise usw. immer frühzeitig die Erhöhungen bekannt gegeben werden. Das System der gleitenden Skala sollte auch auf Tarifverträge angewendet werden. Auf eine Anfrage von Gen. **Höhn** wegen der Rationierung des elektrischen Stromes und der damit verbundenen schädlichen Nachtarbeit erklärt Bürgermeister **Schneider**, daß mit Einführung der Früh- und Spätschicht eine Besserung kommen werde. Es dauert noch mehrere Jahre bis das Murgwerk vollständig fertiggestellt ist und damit auch Karlsruhe vollauf mit elektrischer Energie versorgt werden kann.

Aenderung der Lustbarkeitssteuerordnung. Ein Antrag des Stadtv.-Vorstandes verlangt eine weitere Erhöhung der Lustbarkeitssteuer für Kinos, wie in der Vorlage vorgesehen, ein anderer eine Erhöhung der Steuern bei Tanzvergnügen. Ein weiterer Antrag ist für Erhöhung um das Doppelte nach 12 Uhr nachts. Für die sozialdemokratische Fraktion legt in ausgezeichneten, beifällig aufgenommenen Worten Gen. **Höhn** deren Standpunkt dar. Er betont, daß die sozialdemokratische Fraktion in normalen Zeiten gegen die Lustbarkeitssteuer wäre. Sie ist aber dafür, weil wir durch deren Erträge Mittel für bessere geistige Genüsse erhalten. Eine Kommunalisierung der Kinos ist zu erstreben. Die Besteuerung der Wettspiele hat ihre Berechtigung, denn dieselben sind zum reinsten Geschäft ausgewachsen, während die eigentliche Körperpflege in Hintergrund tritt. Belehrende Vorträge dürfen nicht der Besteuerung verfallen. — Stadtv. **Ridinger** (U.S.P.) erklärt die Ablehnung der Vorlage durch seine Fraktion. (Zuruf: Sehr bequem!) Stadtv. **Mayer** (Ztr.) bemerkt, daß die U.S.P. in Kleinsteinbach für die Lustbarkeitssteuer eingetreten sei.

Stadtv. Gen. **Schwall** weist die Unterstellung von Stadtv. Kruse (U.S.P.) vom Freitag, daß die Sozialdemokratie ihr Programm verraten, wirkungsvoll zurück. Es sprechen noch mehrere Redner zur Vorlage, worauf dieselbe mit den Abänderungsanträgen gegen die 2 Stimmen der U.S.P. angenommen wird. — Beim **Bestattungswesen** bringt Stadtv. **Widmann** (Ztr.) Mißstände vom Mühlburger Friedhof vor, die von Stadtv. Gen. **Flüser** ergänzt werden. Es werden eine Reihe weiterer Wünsche laut wegen Straßenbeleuchtung, Kinderspielplätze usw. — Stadtv. Gen. **Höhn** wünscht für Rüppurr eine Badegelegenheit im Winter und ein Freibad für den Sommer an der Alb für die Kinder, sowie Pflasterung des Platzes vor dem Schulhaus. — Auf Anfrage der U.S.P. wegen dem Transport der von Durlach nach Karlsruhe gebrachten Kommunisten teilte Bürgermeister **Schneider** mit, daß das Bahnamt nicht gewußt hätte, um was für Gefangene es sich handelte. — Auf eine Anfrage von Stadtv. **Eisinger** (D.Rtl.) wegen Beschäftigung von Kriegsinvaliden bei der Stadt gibt Bürgermeister **Sauer** eine allgemein befriedigende Auskunft. — Stadtv. **Riedinger** (U.S.P. verliest programmatische Wünsche seiner Partei, die, wie Stadtv. Gen. **Böhringer** betonte, nichts Neues bieten. Eine bessere Mitarbeit der U.S.P. in den Kommissionen sei erwünscht. Gegen den Vorwurf, daß die bürgerlichen Parteien in der Armenpflege versagen, wandten sich die Stadtv. **Faßbender** (Ztr.), sowie der Oberbürgermeister. Eine Anfrage der Deutschnationalen wegen Zuzug von Ostgaliziern nach Karlsruhe und der zwangsweisen Einmietung erwidert Bürgermeister **Schneider** daß keine Ostgalizier seit Bestehen des Wohnungsamtes hierhergezogen kamen und daß bei der zwangsweisen Einmietung sehr schonend vorgegangen werde. An der Hand der Statistik beweist sodann der Redner die Unrichtigkeit der Behauptung des Stadtv. Eisinger, daß vertriebene Elsaß-Lothringer beim Wohnungsamt bevorzugt werden. 2500 Familien sind auf der Wohnungssuche. Er bedauere, daß für die Flüchtlinge nicht mehr geboten werden kann, damit sie eine Heimat erhalten. Die Schwierigkeiten, mit denen das Wohnungsamt zu rechnen habe, sind außerordentlich groß. Im weiteren wandte sich der Redner gegen die Judenkoller des Stadtv. Eisinger und zollte Herrn Böhm für seine amtliche Tätigkeit volles Lob. — Bei Position **Denkmalspflege** fordert Stadtv. **Widmann** ein Denkmal für die Opfer der Fliegerangriffe, worauf Bürgermeister Dr. **Horstmann** die Errichtung eines solchen Denkmals auf dem Friedhof in Aussicht stellt. Des weiteren teilt er auf die Anfrage von Stdtv. Gen. Höhn mit, daß die Schwimmhalle im Vierordtbad bald wieder in Betrieb gesetzt werden kann. Nachdem Stadtv. **Eisinger** noch gesprochen, wendet sich auch der Oberbürgermeister gegen ihn, indem er betont, daß er aus den Ausführungen Eisingers den Vorwurf der Bestechlichkeit entnommen habe. — Stadtv. **Höhn** polemisiert gegen den Stadtv. Eisinger und nimmt das Wohnungsamt gegen unangebrachte Kritik in Schutz. Er schlägt die Bildung von Kommissionen in allen Stadtteilen vor, um eine bessere Wohnungsregelung zu ermöglichen.

Zur Position **Zeitaufwandsentschädigung für Sitzungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, des Mieteinigungs- und Wohnungsamts und des Ausschusses für Erwerbslosenfürsorge** liegt ein Antrag vor, der die Entschädigung für Sitzungen von 15 auf 25 M vorsieht. Den Antrag begründet Stadtv. Gen. **Stoll**, ihm wird von verschiedenen Seiten widersprochen. Der Antrag auf Erhöhung auf 25 M für die Sitzung wird sodann angenommen.

Die **Errichtung neuer ständigen Beamtenstellen** wird nach kurzer Debatte einstimmig gutgeheißen. Stadtv. Gen. **Winter** wünschte hierbei, daß die bisherigen bewährten Aushelfer, sowie Kriegsbeschädigte bevorzugt werden sollen, auf alle Fälle ist es nicht angängig, daß dieselben Militäranwärtern Platz machen müssen. — Einstimmige Annahme findet ferner die Vorlage betr. **Dienstverträge mit städt. Beamten.**

Teuerungsbezüge der städt. Beamten, Lehrer, Arbeiter usw. Bürgermeister **Sauer** begründet die Vorlage und gibt die Abänderungsvorschläge bekannt. Es sollen erhalten: Bürgermeister und Beamte: Unverheiratete jährlich 3000 M, Verheiratete 3600 M, für jedes Kind monatlich 20 M; die städtischen Arbeiter: Je nach dem Alter 8—12 M Zulage pro Arbeitstag, dazu kommt eine Teuerungsbeihilfe von 20 M pro Monat für jedes Kind. Der Gesamtaufwand beziffert sich auf 16 725 500 M. Außerdem erhalten der Oberbürgermeister eine jährliche Dienstaufwandentschädigung von 4000 M und die Bürgermeister eine solche von je 2000 M.

Um ½8 Uhr stellten sämtliche Pressevertreter ihre Tätigkeit wieder ein. — Wie wir erfahren, fanden die **Teuerungsbezüge für die städt. Beamten und Arbeiter** samt der **Zeitaufwandsentschädigung für die Bürgermeister**, sowie die Vorlage der **Höherfestsetzung der Entschädigung der Stadträte** auf 2000 M, bei Ausübung des Pflegeamts auf 3000 M, einstimmige Annahme. Sodann wurde auch der **ganze Voranschlag einstimmig angenommen.**

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe**, 1. Februar.

Zur Kommunistenverhaftung in Durlach.

Einen willkommenen Anlaß zum Krakehl bietet den Unabhängigen die jüngst gemeldete Sistierung der in Durlach tagenden Kommunisten. Die „Sozialistische Republik" gefällt sich in den dicksten Tönen, wie überhaupt immer, wenn es etwas gegen die Regierung zu hetzen gibt. Daß sie dabei mit verlogenen Argumenten gegen eine „sich sozialdemokratisch nennende Regierung" operiert, muß auf das Konto des Hasses gegen die Rechtssozialisten und die Abneigung gegen die Mehrheit gesetzt werden. Daß eine aus ⅔ bürgerlichen Vertretern sich zusammensetzende Koalitionsregierung nicht als „sozialdemokratisch" zu bezeichnen ist, dürfte allmählich auch dem Rückständigsten begreiflich zu machen sein. Aber das nur nebenbei.

Wenn wir nun auch gewünscht hätten, daß man die Aktion nicht in dieser auffälligen Weise, die für die Sache der Kommunisten nur Reklame macht, unternommen hätte, so muß man der Regierung, nachdem man weiß, was die Kommunisten beabsichtigen, das Recht zubilligen, auf der Hut zu sein. Die Kommunisten selbst verschweigen nicht, daß jetzt, wo die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihren Höhepunkt zu erreichen drohen, die Zeit für eine „größere Sache" gekommen ist, nicht um dem Volke zu helfen, sondern um das Chaos herbeizuführen und auf den Trümmern die Diktatur der Narrheit zu errichten. Sieht sich die Regierung nicht vor und der Klamauk ist da, wird man ihr wiederum Vorwürfe machen.

Die Unabhängigen haben gar keine Veranlassung, sich für ihre spartakistischen Kumpane so ins Zeug zu legen mit dem Hinweis auf die demokratische Freiheit, denn jede Richtung der äußersten Linken lehnt jede demokratische Freiheit bekanntlich rundweg ab. Ihr Ideal ist die Diktatur nach dem ungarischen oder Münchener Muster mit allen Scheußlichkeiten und Verrücktheiten, die man zur Genüge kennen gelernt hat. Wenn diese Gesellschaft ans Ruder kommen würde, würde sie noch ganz andere Dinge machen, als was in Durlach vorgekommen ist.

Die Einwohnerwehr!

Von einem Mitglied der Einwohnerwehr erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Einwohnerwehr ist von der Regierung aufgerufen, die Verfassung gegen gewaltsame Angriffe zu schützen. Zu diesem Zweck ist sie für den Fall höchster Not mit Waffen versehen; trotzdem aber soll sie, wie das von dem Führer der E.W. immer wieder betont worden ist, nicht in militärischer, sondern in moralischer Hinsicht ihre Aufgabe und Bedeutung erblicken. Sie soll alle die Elemente vereinigen, die durch öffentliches Bekenntnis zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung mit den staatlichen und städtischen Behörden am Aufbau innerer geordneter Zustände helfen wollen. Diese Hilfe wird umso wirksamer sein, je besser organisiert die E.W. ist und je mehr Mitglieder — nicht erst in der Stunde höchster Not, sondern schon vorher in ruhigen Zeiten — sich zur Einwohnerwehr bekennen. Viele haben dieses erkannt. Aber gerade die staatlichen und städtischen Behörden haben bis jetzt bei dieser Mithilfe durch die Tat, d. h. durch persönlichen Beitritt zur E.W., fast vollständig versagt! Staatliche und städtische Behörden erwarten bei Putschversuchen Schutz von der E.W. Selbst aber diesen Schutz zu stärken, daran denken sie nicht! Wir treiben in der E.W., wie das von dem Führer immer wieder betont worden ist, keinerlei Politik. Ehrlich wollen wir der Regierung an ihrer schweren Aufgabe, wieder geordnete Zustände zu schaffen, helfen — aber je ernster wir diese Pflicht nehmen, um so offener dürfen wir auch verlangen, daß keiner und sei er auch noch so hoch gestellt, uns seine Hilfe versagt — keiner, welchem Stand und Beruf er auch angehören mag, sich für uns zu gut hält, mit uns in Reih und Glied zu treten. Noch wird vielfach die große Arbeit verkannt, die in der E.W. schon geleistet worden ist und noch geleistet werden muß! A.

Eine öffentliche Frauenversammlung

findet am Mittwoch, 3. März, abends ½8 Uhr, im „Elefanten" statt. Genossin Dr. Trautwein, Stadtverordnete aus Pforzheim, spricht über „Die Frau in der Politik". Zu dieser Versammlung sind alle Frauen und Mädchen eingeladen. Die Genossinnen werden ersucht, für zahlreichen Besuch besorgt zu sein.

Von den Gärtnerei-Paschas.

Kampfstimmung herrscht anscheinend, wie uns aus Gärtnergehilfenkreisen geschrieben wird, bei den Handelsgärtnereibesitzern Badens. Mit der riesigen „Mehrheit" von 8 gegen 7 Stimmen hat die Landeskonferenz der Arbeitgeber beschlossen, alle Tarifverhandlungen abzulehnen. Auf den gleichen Standpunkt stellen sich jetzt natürlich die einzelnen Bezirke. „Den Leuten ist zum 1. März zu kündigen, falls sie ab 1. März höheren Lohn beanspruchen" lautet das Losungswort bei den Gärtnereipaschas. Die Löhne sind: Landschaftsgärtner 2 M und 2,20 M pro Stunde; Gärtner in der Handelsgärtnerei 1,80 M und 2 M pro Stunde. Die Preise der Herren stehen im umgekehrten Verhältnis zu den Löhnen; ein kleiner Vergißmeinnichtstock wird mit 2 M berechnet, für eine Arbeitsstunde auf Landschaftsgärtnerei 4,50 und ihre eigene Arbeit berechnen die Herren mit 6 M pro Stunde. Ein „rentabler Betriebszweig" ist auch die Lehrlingszüchterei, die von keinem anderen Berufe auch nur annähernd erreicht wird. 4—5 Lehrlinge und keinen, höchstens einen Gehilfen ist eine Selbstverständlichkeit. Arbeitszeit nach Belieben der Arbeitgeber. Entschädigung wenns gut geht 20 M im Monat. Es dürfte kaum ein reaktionäreres Unternehmertum geben als die Handelsgärtner, denen immer noch die Paschawirtschaft der Vorkriegszeit als ihr Ideal vorschwebt. Doch die Gärtner und die Arbeiter des Gärtnergewerbes werden sich zu wehren wissen. Bei obengenannten Löhnen dreht es sich für sie um den Existenzkampf. Wenns sein muß: dann auf zum Kampfe. Die Gewißheit können die Gärtner haben, daß die gesamte Arbeiterschaft Badens mit Empörung die Haltung der Arbeitgeber vernehmen wird und einmütig und entschlossen wird sie die Gärtner in ihrem aufgezwungenen Kampfe unterstützen.

Alte Baukunst in Karlsruhe

lautet das Thema, über das Herr Dr. A. Valdenaire im Auftrage des Bildungsausschusses der sozialdemokratischen Partei morgen Dienstag abend ½8 Uhr im großen Rathaussaale sprechen wird. Der Vortrag wird durch Lichtbilder erläutert. Die Genossinnen und Genossen sollten es nicht versäumen, diesen ebenso belehrenden wie unterhaltenden Vortrag zu besuchen. Der Eintritt beträgt 1 Mk.

Sozialdemokratischer Verein. Heute Montag, abends 5 Uhr, Vorstandssitzung in der „Krone", Amalienstraße.

Sozialdem. Partei — Bezirk Rüppurr. In unserer Versammlung, die am Mittwoch abend 8 Uhr im „Zähringer Löwen" stattfindet, wird Gen. Dr. Kampffmeyer einen Vortrag halten. Es ist Pflicht eines jeden Genossen und jeder Genossin die Versammlungen zu besuchen. Volksfreundleser haben Zutritt.

Vortragskurs Marum. Heute abend 7 Uhr findet im Sitzungssaal der Ortskrankenkasse der letzte Vortrag des Gen. Marum über „Die bürgerlichen Parteien" statt. Das Erscheinen aller Teilnehmer ist erwünscht.

Todesfall. Der in weiten Kreisen bekannte Fabrikant Oskar Edelmann ist am Samstag einem langwierigen Herzleiden im Alter von 68 Jahren erlegen. Mit dem Verstorbenen ist ein fleißiger, angesehener Bürger unserer Stadt dahingegangen, der ein Geschäft aus den kleinsten Anfängen heraus zu der bedeutenden Fabrik Emil Kolm emporgebracht hatte. Politisch gehörte der Verstorbene zur deutschdemokratischen Partei. Schon Mitte der 90er Jahre trat er der damaligen Fortschrittlichen Volkspartei bei, wo er dem Landesausschuß angehörte. Auch war der Dahingeschiedene Mitglied des Bürgerausschusses seit 1899 und des Stadtverordnetenvorstandes seit 1909. Infolge seines leidenden Zustandes schied er bei der vorjährigen Wahl aus demselben aus.

Viehzählung. In diesen Tagen werden der Bekanntmachung des Bürgermeisteramts vom 25. Februar zufolge die am 1. März vorhandenen Viehbestände festgestellt. Die Zählung erstreckt sich auf Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen und Hühner (ohne Hähne und Kücken). Sie wird in der üblichen Weise durch die Schutzmannschaft von Haus zu Haus vorgenommen. Wer bis einschl. 5. März nicht befragt sein sollte, ist verpflichtet, dies mündlich oder schriftlich am 6. März beim städt. Statistischen Amt, Zähringerstr. 98, in den Vororten bei den Gemeindesekretariaten zu melden.

* **Städt. Künstlerkonzerte in der Festhalle.** Als einen vollen Erfolg darf das gestrige Konzert wieder gebucht werden. Der Besuch war wiederum ein guter, der beste Beweis, daß sich die Konzerte eingelebt und beliebt gemacht haben. Das Programm war nicht nur reichhaltig, sondern abwechslungsreich, sorgfältig auserlesen und gediegen. Den musikalischen Teil bestritt wiederum in bekannt vorzüglicher und allgemein zufriedenstellender Weise der Musikverein „Harmonia". Das Vokal-Quartett Schaad-Egler (Sopran, Tenor, Alt und Baß) wartete mit prächtig zum Vortrag gebrachten Liedern auf. Die Konzertleitung hat mit diesem Quartett einen guten Griff gemacht. Eine sehr beifällig aufgenommene Abwechslung boten die mit bewundernswerter Grazie ausgeführten Tänze von Frl. Annie Heuser. Einen recht guten Tag hatte wieder Frl. Elisabeth Friedrich, die mit ihrer herrlichen Stimme heitere Lieder zum Vortrag brachte und stürmischen Beifall erzielte. Vollen Erfolg hatten natürlich die heiteren Vorträge von Herrn Fritz Herz vom Landestheater. Fast mit jedem Satz erzielte er Lachsalven. So bot auch die gestrige künstlerische Veranstaltung wieder angenehme Stunden einer wirklich gediegenen Unterhaltung, bei der alle Besucher auf ihre Rechnung kamen. Mögen die zukünftigen Konzerte einen noch größeren Besuch aufweisen, denn er ist für alle lohnend.

R. Ueber Schriftentwicklung sprach am Dienstag Abend im „Auerhahn" Gen. Abg. Richter. Redner erläuterte hauptsächlich auch die Bestrebungen des Arbeiterstenographenbundes, die entgegen der mit der sogen. Reichseinheitsstenographie geplanten Fusion Gabelsberger und Stolze-Schrey die Wertung und Einführung einer wirklichen Volkskurzschrift für Jedermann und vor allem für die Volksschule bezwecken. Der wirkliche Fortschritt könne auf keinem Gebiete und somit auch nicht auf dem der Schrift dauernd unterbunden werden. Die allgemeine Volks- und Verkehrsschrift sei der neuzeitlichen Entwicklung entsprechend einzuführen. Da sich sofort eine hübsche Anzahl Teilnehmer zu einem Unterrichtskursus in der Deutschen Volksstenographie meldeten, wurde die Abhaltung eines solchen beschlossen. Der Kurs beginnt Mittwoch, 8. März, abends 7 Uhr in der „Palme", Lessingstraße. Anmeldungen auch für Schulkinder, können am 1. Unterrichtsabend im Lokal erfolgen.

Die Galerie Moos, Karlsruhe, Kaiserstraße, bringt in ihrer 49. Sonder-Ausstellung Gemälde von K. A. Arnold, T. Billmaier, E. Heinrich, sowie Graphik von L. Fellmeth.

Beschlagnahmt wurde: Bei einem hiesigen Wirt ein Kraftrad und Werkzeuge im Werte von etwa 10 000 M, das aus Heeresbeständen stammt, ferner das Fleisch eines schwarzgeschlachteten Hammels, das hier in einer Wirtschaft abgesetzt werden sollte. Die Täter gelangten zur Anzeige.

Feuer. In der Nacht zum 1. d. Mts. entstand in der Küche eines Hauses in der Luisenstraße ein Brand, welcher einen Gebäudeschaden von etwa 2000 M verursachte. Das Feuer wurde durch die Feuerwache gelöscht.

Veranstaltungen.

Vortrag von Bruno Schönfeld. Herr Dramaturg und Schauspieler Bruno Schönfeld wird heute Montag in seinem dramatischen Zyklus ein heiteres Werk, den „Meisterdieb" von Kurt Geucke zum Vortrag bringen. Die Handlung des Stückes, der ein alter Stoff aus dem Märchen der Gebrüder Grimm zugrunde liegt, spielt im Rokokozeitalter auf einem romantischen Schloß. Der in Berlin lebende Dichter Kurt Geucke ist besonders durch ein portugiesisches Königsdrama „Sebastian" (das vom Landestheater zur Aufführung angenommen wurde) und durch den groß angelegten Kolonialroman „Rust" bekannt geworden. Der Vortrag dürfte daher vielfaches Interesse finden. — Für Gewerkschaftsmitglieder und Parteigenossen ermäßigter Eintritt zu 1.10 Mk. in der Expedition des „Volksfreund".

Vier Kammermusikabende zeigt die Konzertdirektion Kurt Neufeldt an. Nämlich das Schörg-Quartett (die ehemaligen „Brüsseler") am 4. März, Wendling-Quartett (Stuttgart) am 29. März, Klingler-Quartett (Berlin) am 16. April und Rosé-Quartett (Wien) am 4. Mai. Die Ausgabe der vorgemerkten Abonnementskarten sowie der Verkauf der Einzelkarten für den ersten Abend (4. März) hat begonnen.

Letzte Nachrichten.

Nur 15 statt 45 Millionen Tonnen Kohlen?

Düsseldorf, 28. Febr. (Privattelegramm.) Nach Ablauf der ersten Woche des Abkommens mit den Bergarbeitern hinsichtlich von Ueberschichten kann man sagen, daß die Ergebnisse nicht besonders günstig waren. Die Mehrförderung stellt sich laut „B. Z." so, daß monatlich mit einem Zuwachs von 1,2 Millionen Tonnen, also jährlich mit 12 bis 15 Millionen Tonnen zu rechnen ist. Es ist das also bei weitem nicht die Menge, die der Reichskanzler bei den Essener Verhandlungen als notwendig bezeichnet hat. (45 Millionen Tonnen.)

Internationale Kinderhilfe.

Genf, 28. Febr. Die Sitzung des Kongresses für die Kinderhilfe befaßte sich gestern mit den Anträgen der Kommissionen. Die Kommission für Deutschland setzte die Zahl der hungernden Kinder auf eine halbe Million fest. Eine Zentrale der Wohltätigkeitsorganisationen zugunsten der Kinder ist in der Bildung begriffen. Englische, skandinavische, holländische und andere Aktionen unterstützen die nationalen Hilfswerke für die Ernährung. Es werden dazu allein monatlich 14 Millionen Schweizer Franken benötigt. Abgesehen von der Begleitung und den notwendigen Summen zur Bekämpfung der Tuberkulose. Die Kommission für Oesterreich erklärte, daß 250 000 bis 300 000 Kinder zu unterstützen seien mit einer monatlichen Ausgabe von 90 000 Pfund Sterling. Die Kommission für Frankreich setzt die Zahl der Unterstützungsbedürftigen in den verwüsteten Gegenden auf 400 000 fest. Die Kommission für Ungarn legt dar, daß eine Million Kinder zu unterstützen seien, davon allein in Budapest 100 000. Die Kommission für Italien gibt die Zahl der Waisenkinder und weiterer unterstützungsbedürftiger Kinder auf 400 000 an, davon 120 000 in den befreiten Gegenden, der Rest vorwiegend in Süditalien.

Das neue System der Steuereintreibung.

Wie die vorgestrigen Abendblätter melden, fand unter dem Vorsitze des Ministerialdirektors von Lauer im Reichsfinanzministerium eine **Besprechung über die Vollzugsbestimmungen** betr. **Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug von Arbeitslohn** statt, zu der die Vertreter der Großindustrie und des Handels, sowie Vertreter der Arbeitnehmer geladen waren. Bei Beginn der Sitzung machte Geh. Rat Kuhn darauf aufmerksam, daß lediglich über die Art des Abzuges der Steuern mit den Steuerbehörden beraten werden solle. Es wurde allgemein der Ansicht Ausdruck gegeben, daß der im Gesetzentwurf vorgesehene Abzug vom Arbeitslohn nach einem schwierigen Listensystem nicht zu empfehlen sei. Von seiten der Industrie wie des Handels wurde auf die gewaltigen Kosten eines solchen Verfahrens hingewiesen. Der Vertreter der Stadt Berlin schilderte ausführlich die geradezu ungeheuren Schwierigkeiten, die sich aus der Verrechnung ergeben würden. Als vorteilhafter wurde die im Entwurf gleichfalls vorgesehene Erhebung durch Kleben von Steuermarken bezeichnet, da hierdurch eine geringere Arbeitsleistung erforderlich sei und dann außerdem die Arbeitnehmer eine Unterlage über die zu leistenden Steuern in der Hand hätten. Die anwesenden Vertreter der großen Betriebe betonten, daß für diese Leistung eine Entschädigung von der Steuerbehörde gewährt werden müsse. Der Regierungsvertreter versprach diese Anregung der zuständigen Stelle weiterzugeben.

Briefkasten der Redaktion.

Frau B. Sie werden durch das Arbeitersekretariat Antwort bekommen.

Staufenberg. Wenden Sie sich an den Gen. Stadtrat O. Rapp, Bildhauer, Baden-Baden, Gartenstraße 15.

A. W. Bevor wir Ihre Frage beantworten können, müssen Sie uns mitteilen, was für Rente Sie beziehen, ob es sich um Unfall- oder Militär-Rente handelt. Ferner müssen wir wissen, ob Sie als Bahnbeamter beschäftigt sind.

K. K. Wir haben Ihre Anfrage an das Arbeitersekretariat zur genauen Beantwortung weitergegeben.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten **Hermann Kabel**; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton **Hermann Winter**; für den Anzeigenteil **Gustav Krüger**.

Vereinsanzeiger.

Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes, Zweigverein Karlsruhe. Dienstag, 2. ds. Mts., abends 8 Uhr Beginn des Fach-Kursus im „Salmen". Mittwoch, 3. ds. Mts., **Versammlung.** 203[illegible]

Karlsruhe. (Touristenverein „Die Naturfreunde" Gau Baden.) Dienstag, den 2. März, abends 5 Uhr **Gauausschußsitzung** bei Gen. Westermann, Werderstr. 89. 204[illegible]

Karlsruhe. (Zentralkommission für Sport- und Körperpflege.) Mittwoch **punkt 4 Uhr** bei Tg. Sitt, Adlerstraße 8, 3. St. **Sitzung des Arbeitsausschusses.** Aeußerst wichtige Angelegenheit. 2044

Ettlingen. (Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.) Heute Montag abend 7 Uhr in der „Krone" **Monatsversammlung** mit wichtiger Tagesordnung. Erscheinen aller Kollegen ist Ehrensache. 2041 **Der Vorstand.**

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 95, gef. 17; Kehl 194, gef. 20; Maxau 385, gef. 7; Mannheim 300, gest. 6 Zentimeter.

Volksbuchhandlung Karlsruhe, Adlerstr. 16

„Ekkhart", Kalender für das Badner Land. Ein Werk von bleibendem Wert, mit Illustrationen auf Kunstdruckpapier. Preis 5.40 Mark.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Zukunft

Charakter, Reichtum, Eheleben usw. nach Astrologie und Graphologie. Nur Geburtsdaten und Schrift einsenden. 571
Institut „Mond", Leipzig Postfach.

Ausgekämmte 1690
Frauen-Haare
kauft zu höchsten Preisen
Richard Horn,
Damen- u. Herrenfriseur-Geschäft, Rheinstraße 45, Mühlburg.

Häuser
mit und ohne **Geschäfte** sowie Liegenschaften aller Art zu verkaufen durch das
Liegenschaftsbüro
M. Busam,
Karlsruhe, Herrenstr. 38,
1606 Telephon 5530.

Zahle! 1606
höchste Preise für neue und getrag. Kleider, Uniformen, Schuhe, Wäsche, Teppiche. Gardinen und Betten.
Komme pünktlich ins Haus.
Zuschriften erbeten an
S. Axelrad
Essenweinstraße 32.

Bekanntmachung.

Die Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie betreffend.

Die Ziehung der 3. Klasse der 15. Preußisch-Süddeutschen (241. Preußischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am **11.** und **12. März 1920** stattfinden.

Die planmäßige Erneuerung der Lose 3. Klasse hat bis spätestens **Freitag, den 5. März d. J., abends 6 Uhr,** bei den zuständigen Badischen Lotterieeinnehmern zu erfolgen, die auch Kauflose abgeben.

Karlsruhe, den 27. Februar 1920.

Landeshauptkasse
als Landesbehörde für die staatliche Klassenlotterie. 566

Knielingen.
Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Knielingen versteigert am **Montag, den 8. März,** aus dem Gemeindewald Hörnlesgrund nachverzeichnete Hölzer:

1)	52 c	Pappeln	von 0,50—2,50	Festmeter.
2)	22	Bellen	„ 0,50—2,50	„
3)	30	Weiden	„ 0,40—2,50	„
4)	2	Erlen	„ 0,40—0,45	„
5)	3	Eichen	„ 0,60—0,80	„
6)	3	Rusten	„ 0,80—1,40	„
7)	3	Eschen	„ 0,40—0,60	„

Zusammenkunft vormittags 10 Uhr am Rathaus.
Auszüge fertigt auf Bestellung Waldhüter Bechtold
Knielingen, den 28. Februar 1920. 570
Der Gemeinderat.

Stenotypist(in).

Es wird ein durchaus gewandter Stenotypist(in) möglichst mit französischen Sprachkenntnissen zum **sofortigen Eintritt mit Aussicht auf Weiterverwendung bei Bewährung gesucht.** 573
Meldungen sind umgehend beim **Ministerium des Auswärtigen,** Erbprinzenstraße 15, einzureichen.

Leder-Sohlen
5 Paar
Leder-Absätze
10 Paar 2037
zusammen **15** Mark.
Malo-Schuhbedarf, Kaiserstr. 223.

Beste handhabungssichere
Sprengstoffe, Sprengkapseln mit Zündschnur 1713
zum Sprengen von Baumstumpen.
Pulverfabrik Ettlingen
Telefon 8. **(Baden)** Telefon 8.

Eine Ladung **weiß emaillierte** 2042
Kohlenherde
sind eingetroffen.
Ernst Marx
Luisenstraße 53 **Georg-Friedrichstraße 32.**

Kaufe
getragene Kleider, 1711
Möbel aller Art,
Gold- und Silber-
:: Gegenstände. ::
A. Schap, An- u. Verkaufsgeschäft
Kaiserstraße 67,
Eingang Waldhornstraße.

Modelle
gesucht.
Damen gegen gute Bezahlung für einen Kursus gesucht. Zu melden bei
Heinrich Konrad
Beiertheim
Maria Alexandrastr. 20 II.
Vorzusprechen von 3—4 Uhr nachmittags. 2039

Offenburger Anzeigen.

Lebensmittel-Versorgung.

Ab Dienstag, den 2. März 1920, wird verkauft:
Reis (Kilo Mk. 11.50) Kopfmenge 100 Gramm gegen die Lebensmittelmarke C 40.
Auslandsbohnen (Kilo Mk. 7.65) Kopfmenge 125 Gramm gegen die Lebensmittelmarke C 41.
Haferflocken (Kilo Mk. 4.95) Kopfmenge 250 Gramm gegen Kartoffelersatzmarke 5.

Gegen die grünen Petroleumkarten, gültig bis 14. März, kann von heute ab in den Geschäften Petroleum entnommen werden. **Preis** für 1 Liter Mk. 3.20. **Wegen Papierknappheit** werden für die Folge 3 Pfennige für eine Pfund-Düte in Anrechnung gebracht; es ist daher wünschenswert, beim Einkauf jeweils die Düten mitzubringen. 574
Städt. Lebensmittelamt Offenburg.

Das Mauern in den Wintermonaten betr.

Das mit Bekanntmachung vom 18. 12. 1919 erlassene Verbot des Mauerns während der Wintermonate wird hiermit wieder aufgehoben und das Mauern im Freien auf eigene Gefahr des Bauenden und unter der Bedingung wieder gestattet, daß durch Frost beschädigtes Mauerwerk zu beseitigen ist. 565

Karlsruhe, den 27. Februar 1920.

O.Z. 81. **Bezirksamt III.**

Maul- und Klauenseuche betr.

Nachdem die Maul- und Klauenseuche in dem Stadtteil außerhalb des Mühlburgertors (Weststadt) erloschen ist, wird unsere Verfügung vom 9. vor. Mts, wonach die Weststadt einen Sperrbezirk bildet, hiermit zurückgenommen. Im Hinblick auf die noch bestehende Seuchengefahr bleibt die Weststadt den für das Beobachtungsgebiet geltenden Bestimmungen bis auf Weiteres unterworfen. 563

Karlsruhe, den 26. Februar 1920.

O.Z. 76. **Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion.**

Maul- und Klauenseuche betr.

Nachdem in der Vorortgemeinde Rintheim die Maul- und Klauenseuche erloschen ist, werden unsere mit Bekanntmachung vom 12. ds. Mts. angeordneten Schutzmaßregeln hiermit zurückgenommen. 564

Karlsruhe, den 26. Februar 1920.

O.Z. 77. **Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion.**

Maul- und Klauenseuche im Vorort Daxlanden betr.

Nachdem in der Vorortgemeinde Daxlanden seit 2. Januar 1920 ein neuer Ausbruch der Maul- und Klauenseuche nicht festgestellt und in allen Gehöften die Desinfektion vorschriftsmäßig vorgenommen wurde, wird der mit unserer Bekanntmachung vom 9. Dezember 1919 über die Vorortgemeinde Daxlanden verhängte Sperrbezirk aufgehoben.

Die Vorortgemeinde Daxlanden bildet ein Beobachtungsgebiet im Sinne der §§ 165 ff. der Ausführungsvorschriften zum Reichsviehseuchengesetz. 562

Karlsruhe, den 26. Februar 1920.

O.Z. 75. **Bezirksamt. — Polizeidirektion.**

Den Fortbildungsunterricht betr.

Die Eltern oder deren Stellvertreter, die Arbeits- und Lehrherren sind nach § 10 des Gesetzes vom 19. Juli 1918 verpflichtet, die unter ihrer Obhut oder in ihrem Dienst oder Brot stehenden fortbildungsschulpflichtigen Knaben und Mädchen mündlich oder schriftlich beim Volksschulrektorat zur Teilnahme an dem Fortbildungsunterricht anzumelden, ihnen die zum Schulbesuch nötige freie Zeit zu gewähren, sie zum gewissenhaften und regelmäßigen Besuch anzuhalten und sie beim Verlassen des Aufenthaltsorts unter Angabe des neueen Aufenthaltsorts sofort abzumelden. Neu zugehende Fortbildungsschulpflichtige sind alsbald anzumelden. An- und Abmeldungen haben spätestens am vierten Tage nach dem Eintritt in das Dienst- oder Arbeitsverhältnis beziehungsweise dem Austritt aus demselben zu geschehen.

Zuwiderhandlungen von Eltern oder deren Stellvertretern, sowie von Dienst- und Arbeitgebern gegen die Vorschriften des § 10 werden mit Geld bis zu 20 Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu drei Tagen bestraft. 54

Karlsruhe, 1. März 1920.

Das Volksschulrektorat.

In der letzten Zeit konnten wir wiederholt feststellen, daß elektrische Lichtanlagen ohne Anmeldung und ohne Genehmigung an das städt. Leitungsnetz angeschlossen worden sind und widerrechtlich elektrische Arbeit für Licht und Kraft aus demselben entnommen wurde. Wir machen auf das Unstatthafte dieser Handlungsweise aufmerksam und werden künftighin derartige Fälle unnachsichtlich strafrechtlich verfolgen lassen.

Auf die bezirkspolizeiliche Vorschrift vom 8. Juni 1916 § 1 Ziffer e, wonach es verboten ist, Handlungen vorzunehmen, durch welche die in den Hausinstallationen angebrachten Sicherungseinrichtungen unwirksam gemacht werden, wird besonders hingewiesen.

Um Wohnungsinhaber und Hauseigentümer vor Schaden zu bewahren, geben wir wiederholt bekannt, daß elektrische Einrichtnung, die an das städt. Leitungsnetz angeschlossen werden sollen, nur von den vom Stadtrat Karlsruhe hierzu besonders ermächtigten Installationsfirmen nach vorheriger Genehmigung durch unsere Betriebsabteilung für Elektrizität ausgeführt werden dürfen.

Karlsruhe, den 27. Februar 1920. 568

Städtisches Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Eintrachtsaal

Sonntag, 7. März

abends 7½ Uhr

Tanz-Gastspiel

Paula Lynn ehem. Solomitglied am Frankfurter Opernhaus | **Wilh. Raetz** mimischer Partner

Am Flügel:

Emil Mehlbeer

vom Württemberg. Landes-Theater Stuttgart.

Das Programm enthält Tänze nach der Musik von Chopin, Delibes, Strauss, Mokowsky, Rubinstein, Weber etc. 2036

Eintrittspreise: 7.70 Mk., 6.60 Mk., 5.50 Mk., 4.40 Mk., 2.20 Mk. (inkl. Steuer) im Vorverkauf bei **Musikalienhandlung Franz Tafel,** Kaiserstrasse 82 (Tel. 1647) und an der Abendkasse.

Daniels Konfektions-Haus

Telephon Nr. 1846 KARLSRUHE Wilhelmstrasse 34.

Frühjahrs-Neuheiten

eingetroffen.

Bekanntmachung.

Elektrische Einrichtungen im Anschluß an das städt. Leitungsnetz herzustellen, zu erweitern oder zu ändern, sind nur folgende Firmen berechtigt:

a) **Für Einrichtung jeden Umfangs:**

1. Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft Berlin, Ingenieurbüro, hier, Kaiser-Str. 180 . . . Fernruf 23
2. Badische Elektrizitätsgesellschaft Müller Martin & Co., Kaiser-Str. 138 „ 251
3. Bergmann Elektrizitäts-A.-G. Berlin, Ingenieurbüro hier, Hirsch-Str. 15 . . . „ 521
4. Beyer Alexander, Wald-Str. 77 . . . „ 1544
5. Bischoff & Hensel G. m. b. H., Mannheim, Ingenieurbüro hier, Südend-Str. 29 . . . „ 1757
6. Brown Boveri & Co. Mannheim, Ingenieurbüro hier, Ettlinger-Str. 59 . . . „ 750 u. 775
7. Fütterer A., Elektrizitätsgesellschaft m. b. H., Akademie-Str. 23 . . . „ 1631
8. Grund & Oehmichen, Wald-Str. 26 . . . „ 520
9. Häfner Karl, Durlach, Haupt-Str. 73 . . . „ Durlach 180
10. Haiz, Valentin, Rhein-Str. 13 . . . „ 691
11. Hanstein & Co., Georg, Augarten-Str. 6 . . . „ 356
12. van Laick Heinrich, Erbprinzen-Str. 36 . . . „ 5450
13. Leonhard Jakob, Rüppurrer-Str. 90 . . . „ 4952
14. Lipp Wilhelm, Lessing-Straße. 47 . . . „ 1328
15. Maier Gottfried, Körner-Str. 55 . . . „ 241
16. Martin Hermann, Beiertheim, Breite-Str. 67 . . . „ 5235
17. Mecklenburg, Richard, Hirsch-Str. 25 . . . „
18. Rabragang Karl, Kaiser-Str. 225 . . . „ 3028
19. Reiser & Co. W., Stuttgart, Zweigniederlassung hier, Vorbols-Str. 48 . . . „ 848
20. Rheinische Siemens-Schuckertwerke G. m. b. H., technisches Büro hier, Rastatter-Str. 3 . . . „ 130
21. Rheinische Elektrizitäts-A.-G., Mannheim, Ingenieurbüro hier, Krieg-Str. 67 . . . „ 1898
22. Schlebach Wilhelm, Erbprinzen-Str. 8 . . . „ 3687
23. Wittmann August, Werder-Str. 31 . . . „

b) **Für Einrichtungen bis zu etwa 50 Glühlampen oder deren Gleichwert:**

1. Busold & Ried, Hirsch-Str. 12 . . . Fernruf 414
2. Frank Wilhelm, Bürger-Str. 1 . . . „ 2386
3. Gloor & Appel, Kaiser-Str. 190 . . . „ 4192
4. Loser August, Goethe-Str. 86 . . . „ 3614
5. Rosmerinowsky Adolf, Lessing-Str. 40 . . . „ 3742
6. Schmidt & Cons, Hebel-Str. 3 . . . „ 70
7. Singer Josef, Kurben-Str. 25 . . . „ 3388

c) **Zur Aufhängung von Beleuchtungskörpern:**

1. Dürr & Göckler, Glümer-Str. 10 . . . „ 2133
2. Enderle Josef, Wald-Str. 20 . . . „ 1077
3. Knopf Geschw., Kaiser-Str. 147 151 . . . „ 3329
4. Mees Josef, Erbprinzen-Str. 29 . . . „ 1222
5. Schwarz Konrad, Wald-Str. 50 . . . „ 352
6. Tiefy Hermann, Kaiser-Str. 90 . . . „ 5601
7. Weiß Wilhelm, Stein-Str. 14 . . . „ 2161

d) **Zum Anschluß von Signaleinrichtungen an Kleintransformatoren:**

1. Denzler Sohn Adolf, Gerwigstraße 40 . . . Fernruf 2008
2. Krautinger J., Kaiser-Wilhelm-Alle 1 . . . „ 1075
3. Siemens & Halske A.-G., technisches Büro hier, Kaiserstr. 172 . . . „ 758

Weitere Firmen haben die Erlaubnis, vorerst Probeanlagen auszuführen, die Namen dieser Firmen können bei uns erfragt werden.

Auskünfte in technischen Angelegenheiten, zu welchen auch das Anbringen und Wiederentfernen von Elektrizitätszählern gehört, erteilt unsere Betriebsabteilung für Elektrizität (Abt. III.), Kaiser-Allee 11, (Verwaltungsgebäude II).

Ausnahmen bedürfen unserer besonderen Genehmigung.

Karlsruhe, den 28. Februar 1920. 567

Städtisches Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Betriebsräte Behörden, Arbeitgeber

Kommentar zum Betriebsrätegesetz von Dr. Georg Flatow Nebst Anhang mit den wichtigsten arbeitsrechtlichen Gesetzen seit der Revolution. Preis geb. Mk. 2 + Teuerungszuschlag

Führer durch das Betriebsrätegesetz von Hermann Müller, Gewerkschaftssekr. Leicht verständlich, überaus anschaulich, in Einführung das wichtigste Gesetz geeignet. Preis Mk. 1,50 + Teuerungszuschlag

Verlag Vorwärts

Zu beziehen durch

Volks-Buchhandlung Karlsruhe

Adlerstraße Nr. 1[illegible]. Telephon Nr. 3701.

Colosseum

Das sensationelle Varieté - Programm

vom 1. bis 15. März, täglich abends **halb 8** Uhr:

Lilli und Fox'l das ungleiche Paar | **4 Cheverts 4** in ihrem sensationell. Schleuderbrett-Akt

Margarete Lonbe mit ihrem Komiker Kunst und Humor auf Fahrrädern

Elly und John! Urkomische Neuheit im Zukunfts-Malatelier | **Alice Gollin** die creolische Schönheit 2040

Ludwig Klermont, Humorist m. eigen. Dichtung.

3 Phillip's 3 Phänomenale Stirn-Balance-Künstler. | **Eretta und Eresto** Geschickte und ungeschickte Akrobaten

Vorverkauf von Eintrittskarten an der Kasse 11 bis halb 1 Uhr.

Häuser

mit und ohne Geschäfte hier, und auswärts ebenso Landhäuser, Wirtschaft., Güter, teils

sofort beziehbar

zu verkaufen. 1579

M. Busam

Liegenschafts-Büro

— Herrenstraße 3[illegible] —

Drucksachen liefert die Buchdruckerei Volksfreund

Badisches Landestheater.

Montag, den 1. März 1920 572

Helden.

Komödie in drei Akten von Bernhard Shaw.

Anfang 7 Uhr. (Gr. Pr.) Ende halb 10 Uhr

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Gustav Otto, Vater Karl Seiter, Masch.-Setzer. Helmut Günther, Vat. Walter Stichs, Hauptlehrer. Irmgard Johanna, Vat. Karl Kraßer, Maschinen-Schlosser. Walter Herbert, Vater Friedrich Gau, Xylograph. Alfred, Vater Eugen Schwab, Vol.-Wachtmeister. Kurt, Vater Franz Wolf, Traktfahrer. Dorit, Vater Oskar Schenck, Kaufmann. Heinrich Wilhelm, Vater Heinrich Schüle, Krankenwärter. Marta Emilie, Vater Jakob Fürstenberger, Lademeister. Edmund, Vater Albert Heß, Schieferdecker. Marie, Vater Martin Beckmann, Taglöhner. Herbert Johannes, Vater Oskar Koeding, Kaufmann. Marlise Christa Leonie, Vater Max Hugo, Kaufmann. Gertrud, Vater Max Seegmüller, Kaufleigeh. Lore Hildegard Elisabeth, Vater Wilh. Dollmetsch, Marketeur. Aloise Gertrud, Vater Hch. Gilbert, Masch.-Arbeiter. Julius, Vat. Julius Jock, Lok.-Heizer. Markus Friedrich Oskar, Vater Dr. Ludwig Müller, Rechtspraktik. Hermann, Vater Friedrich Forsthuber, Rangierer. Elisabetha, Vater Jakob Klein, Schneidermeister. Otto Friedrich, Vat. Josef Jung, Gärtner. Gertrud Sofie, Vater Heinrich Bender, Schmied. Ernst Josef, Vater Karl Scheerer, Schlosser. Gertrud, Vat. Otto Lehmann, Masch.-Schlosser. Ottokar Karl Paul, Vater Karl Frohmann, Schlosser. Hans Herbert, Vat. Peter Drach, Schreiner. Erika Anna, Vater Karl Stemmer, Schlosser. Lina Elise, Vater Heinrich Merkle, Kesselwärter. Bernhard August, Vat. Aug. Hohmann, Postschaffn. Eugen, Vater Eugen Spißmann, Kaufmann. Eugen, Vat. Joh. Kalmbacher, Lagerist. Herbert Erwin, Vater Erwin Martin, Kaufm. Hans Eugen Emil, Vater Emil Böß, Kaufmann. Mina Margareta, Vat. August Erhard, Kaufm. Oskar Karl Josef, Vater Josef Hermann, Hauptwachtmstr. b. d. Sicherheits-Polizei. Heinz Ludwig Günther, V. Otto Anselment, Dipl.-Ing. Gertrud Emma, Vater Alfred Käpple, Bäcker. Heinz Friedrich, Vater Ernst Wolf, Vizewachtmeister. Karl, Vater Gg. Beher, Straßenb.-Schaffner. Maria Emilie, Vater Jos. Weirether, Postsch. Hedwig, Vat. Gottlieb Heßelschwerdt, Tagl. Robert Hans, Vater Joh. Ehret, Masch.-Arb. Imgard Else, Vater Hermann Raupp, Mechaniker. Günther Franz, Vater Emil Graf, Revisor.

Eheaufgebote. Franz Homburger von Hilzingen, Fabrikant hier, mit Maria Holter Witwe von Bärstadt. Franz Braunstein von Schutterwald, Steindrucker hier, mit Johanna Röth Witwe von Baden. Michael Stößer von Gaggenau, Kontrolleur allda, mit Therese Hüber von Neuhork. Friedrich Niclaß von Dörzbach, Elektromonteur in Böckingen, mit Frieda Roth von hier. Markus Schorb v. Forchheim, Wärter in Achern, mit Maria Schneider v. Ulm. Aron Holles v. Lisko, Kaufm. in Nürnberg, mit Gittel Turner v. Dynow. Josef Steigele von Mannheim, Blechner und Installateur hier, mit Maria Buri von Durlach. Jakob Ohnmacht v. Bargen, Kaufm. hier, mit Maria Albach von hier. Adolf Genth von hier, Masch.-Arb. hier, mit Frieda Kärcher von hier. Max Forster von Eisenach, Kaufm. hier, mit Frieda Kieser von hier. Bruno Rochfeld von Saarbrücken, Architekt hier, mit Kath. Seck von St. Arnual. Albert Edelmann von Baden-Baden, Kellner hier, mit Anna Eberhardt von Baiersbronn. Josef Grassel von Mannheim, Kaufm. hier, mit Wilhelmina Sauerhöfer v. Kaiserslautern. Josef Krauth von Karlsruhe, techn. Assistent hier, mit Frieda Eckert von Söllingen. Adolf Wacker v. Crefeld, Obermasch.-Meister hier, mit Elisabetha Schuhs Witwe von Masch. Jakob Berthold von Speier, Dipl.-Ing. in Frankfurt, mit L. Schilling v. Riedböhringen. Friedrich Stoll v. hier, Kaufmann hier, mit Anna Bender von Germersheim. Eugen Häberle v. Göppingen, Bäcker in Bad Nauheim, mit Anna Reinmuth von Neunkirchen. Albert Strobel von Neibsheim Postbote hier, mit Christina Dengler von Bruchsal. Albert Seith v. Liedolsheim, Heilgeh. hier, mit Lina Fluhrer von Neunstetten. Josef Schmidt von Hartheim, techn. Assistent hier, mit Johanna Bücher von hier. Ludwig Bergmann von Söllingen, Kaufmann hier, mit Katharina Wacker von hier. Hermann Pfründer von Eppingen, Schreiner hier, mit Johanna Mayer von Bretten. Heinrich Stunz von Eppingen, Kutscher hier, mit Josefina Lang von Neuhork.

Eheschließungen. Friedrich Schuler von Liedolsheim, Bademeister hier, mit Sofia Hoferer von Straßburg. Eugen Tausz von Pecs, Chemiker, Dr. Ing. hier, mit Martha Peter von hier. Emil Schwarz von Mannheim, Kaufmann hier, mit Anna Schmidthäusler von hier. Albert Haag von Vorberg, Straßenmeister hier, mit Hilda Riebel von Neunstetten. Mendel Rephun von Kolbuszowa, Kaufm. hier, u. Regina Leidner von hier. Christian Weller von Großhottwar, Kutscher hier, mit Mina Schmitt von Altheim. Jul. Roe von Waldhausen, Bahnarbeiter hier, mit Maria Haag von Limbach. Johann Seiler v. Sindringen, Postschaffner hier, mit Emma Dörflinger von hier. Wilh Steimel von hier, Tapezier hier, mit Luise Gierich-Kolb v. Weingarten. Osk. Trappenberg von Dümpten, Kaufm. hier, mit Mathilde Sommer von hier. Franz Mannhardt von Rostow, Berg.-Ing. in Bernau, mit Karola Reime von hier. Jakob Herrel von Legelshurst, Bäckermstr. hier, mit Juliane Speicher Witwe von Berlin. Adolf Ehret v. Nußbaum, Vers.-Beamter hier, mit Berta Becker von hier. Ludwig Michel von hier, Kaufm. hier, m. Mina Schilling von hier. Karl Simianer v. hier, Eisendreher hier, mit Barbara Keller von Grötzingen-Wörth. Ambros Thoma von Forchheim, Kohlenhändl. hier, mit Anna Santo v. Oensbach.

Todesfälle. Albert Kuhler, Ehemann, Ing., alt 52 Jahre. Oskar Edelmann, Witwer, Fabrikt., alt 67 Jahre. Wilh. Mack, alt 37 Jahre, Ehefrau von Friedrich Mack, Steindrucker. Rosa Raph, alt 38 Jahre, Ehefrau von Karl Raph, Fuhrm. Adolf Bleicher, Ehemann, Tagl., alt 39 Jahre. Julius Sinner, Ehemann, Priv., alt 81 J. Wilhelmine Illersberger, alt 66 Jahre. Witwe von Karl Illersberger, Opernsänger. Pius Fuchs, Ehem., Maschinist, alt 72 J., Anton Kondeziolke, Ehemann, städt. Arbeiter, alt 68 Jahre. Martin Biedermann, Ehem., Mechaniker, alt 54 Jahre. Wilhelmine Bokranz, alt 66 J., Witwe von Wilhelm Bokranz Schutzmann. Adolf Bechler, ledig, ohne Beruf, alt 25 Jahre. Lydia Kiefer, alt 39 Jahre, Ehefrau von Wilhelm Kiefer, Heizer. Alexander Weltzien, Ehemann Priv. alt 70 Jahre. Karoline Heilig Witwe von Gebhard Heilig, Gipser. Elisabeth Herrmann, alt 60 Jahre Ehefrau v. Friedrich Herrmann Zugmeister.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Durlach.

Geburten. Emil Wilhelm Erich, Vater Emil Wilhelm Goldschmidt, Hilfsarbeiter. Emilie, Vater Ludwig Burger, Schlosser. Friedrich Kurt, Vater Friedrich Wilhelm Emil Karl Kiefer, Bauleiter. Erna Luise, Vat. Lenzinger Konrad, Kraftfahrer. Waldemar Karl, Vater Bernhard Karl Waldemar Ilmer, Hilfsarbeiter. Karl Edmund, Vater Oskar Friedrich Beuttel, Maschinenarbeiter. Hildegard Maria, Vater Richard Moritz Lindner, Lokomotivheizer. Lothar Ernst Rolf, Vater Friedrich Ernst Schoch, Schreiner. Karl Rudi, Vater Karl Julius Max Mäule, Schlosser.

Eheschließungen. Gustav Adam Arheidt, verwitweter Zimmerpolier von hier, mit Christine Sofie Jäger von Wöllingen A. Bretten. Friedr. Kohner, Hilfsschlosser, m. Anna Maria Rubser, beide hier. Augustin Josef Dörr, Polizeiphotograph in Stuttgart mit Henricke Elise Sofie Mannschott von hier. Karl Anton Hilz, Maschinenarbeiter, mit Lina Ida Schmidt, beide hier. Valentin Richler, Hilfsarbeiter mit der verwitweten Frieda Radiol, geborene Soulier, beide hier.

Todesfälle. Elisabeth geb. Eberle, Witwe des Heinrich Itte, Maurer, 78 J. alt. Otto Albert, Sohn des Emil Berthold Murr, Fabrikarbeiter, 1 J. alt. Theresia geb. Meßner, Ehefrau des Wilhelm Kohler, Kaminfegermeister, 67 J. alt. Lina Fritz, ledige Fabrikarbeiterin, 15 J. alt. Wilhelm Möllenhoff, Witwer, Privatier, 66 J. alt. Martin Seelinger, Ehemann, Krahnenführer, 37 Jahre alt. Anna Karoline Kieser, ledige Hilfsarbeiterin, 27 Jahre alt.